

Erster Überblick	195
Kennzahlen im Zeitvergleich	
Kennzahlen nach Ländern	
Methodische Erläuterungen	196
Definitionen	199
Tabellen	
Sozialbudget	203
Leistungen und Finanzierung	
Gesetzliche Versicherungen	205
Kranken-, Unfall-, Renten-, Zusatzversicherungen, Alterssicherung der Landwirte, Pflegeversicherung, Arbeitsförderung	
Kinder- und Elterngeld	217
Berechtigte und Leistungen	
Kriegsopfer	218
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	
Sozialhilfe	219
Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII, Ausgaben und Einnahmen	
Asylbewerberleistungen	221
Empfänger/-innen, Ausgaben und Einnahmen	
Mindestsicherungsquote	221
Empfänger/-innen	
Kinder- und Jugendhilfe	222
Hilfe zur Erziehung gemäß § 27 SGB VIII, Erziehungsberatung, soziale Gruppenarbeit, Einzelbetreuung, sozialpädagogische Familienhilfe, teil-/stationäre Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung gemäß § 35a SGB VIII, Adoptionen, vorläufige Schutzmaßnahmen, Maßnahmen der Jugendarbeit, Ausgaben und Einnahmen, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, in öffentlich geförderter Kindertagespflege	
Schwerbehinderte Menschen	234
Art und Ursache der schwersten Behinderung, Grad der Behinderung, Altersgruppen und Geschlecht	
Wohngeld	235
Empfängerhaushalte, Ausgaben	
Lastenausgleich	236
Zuerkennung und Erfüllung der Hauptentschädigung, Empfänger/-innen	
Publikationen und Auskünfte	237

8 Soziale Leistungen Kennzahlen im Zeitvergleich

Gegenstand der Nachweisung	1)	Einheit	1995	2000	2005	2007	2008	2009	Seite
Ausgaben									
Gesetzliche Krankenversicherung ²⁾	JS	Mill. EUR	124 006	133 823	143 809	154 022	160 937	...	205
Gesetzliche Unfallversicherung	JS	Mill. EUR	12 992	13 384	14 390	13 826	14 657	...	207
Allgemeine Rentenversicherung	JS	Mill. EUR	189 977	217 596	240 480	234 907	238 770	...	212
Knappschaftliche Rentenversicherung	JS	Mill. EUR	13 559	14 390	14 786	14 590	14 597	...	212
Soziale Pflegeversicherung ³⁾	JS	Mill. EUR	5 295	16 718	17 891	18 388	19 163	20 327	216
Arbeitslosengeld und -hilfe ⁴⁾	JS	Mill. EUR	35 130	36 772	27 019	16 934	13 864	17 291	216
Kindergeld	JS	Mill. EUR	8 685	25 627	29 325	29 262	28 886	31 743	217
Sozialhilfe ⁶⁾	JS	Mill. EUR	26 669	23 319	19 949	21 128	21 955	...	220
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ⁶⁾	JS	Mill. EUR	2 800	1 945	1 252	1 032	842	...	221
Kriegsopferfürsorge ⁶⁾	JS	Mill. EUR	1 354	630	-	-	472	-	218
Kinder- und Jugendhilfe	JS	Mill. EUR	17 020	18 465	20 865	22 798	24 584	...	229
Wohngeld	JS	Mill. EUR	2 938	3 541	1 235	924	750	...	235
Kriegsopferversorgung									
Anerkannte Versorgungsberechtigte	1.1.	1 000	1 250	890	575	470	423	378	218

1) JS = Jahressumme.

2) Ohne Risikostrukturausgleich.

3) Ohne private Pflegeversicherung.

4) Ab 1998 einschl. Erstattungen an ausländische Versicherte.

5) Ab 2005 Wegfall der Arbeitslosenhilfe.

6) Nähere Informationen siehe »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

Kennzahlen nach Ländern

Land	Gesetzliche Krankenversicherung	Kriegsopferversorgung	Sozialhilfe	Leistungen an Asylbewerber/-bewerberinnen	Kriegsopferfürsorge	Kinder- und Jugendhilfe	Wohngeld	
	Mitglieder (einschl. Rentner/Rentnerinnen)	anerkannte Versorgungsberechtigte	Ausgaben ¹⁾		Ausgaben ¹⁾	Ausgaben ²⁾	Empfängerhaushalte ³⁾	Ausgaben
	1.7.2009	1.1.2010	2008		2008	2008	31.12.2008	2008
	1 000		Mill. EUR				1 000	Mill. EUR
Deutschland	51 100⁴⁾	343	21 955	842	472	24 584	622	750
Baden-Württemberg	6 346	46	2 197	55	50	2 844	54	84
Bayern	7 563	54	3 051	77	71	3 082	56	70
Berlin	2 107	11	1 342	74	15	1 447	27	26
Brandenburg	1 795	9	485	16	3	881	27	28
Bremen	413	4	285	24	4	250	5	6
Hamburg	1 061	6	707	40	11	679	13	14
Hessen	3 620	26	1 875	58	57	2 152	30	43
Mecklenburg-Vorpommern	1 205	6	378	16	2	452	30	25
Niedersachsen	4 829	34	2 351	103	39	2 113	48	76
Nordrhein-Westfalen	10 691	67	5 457	248	160	5 570	148	179
Rheinland-Pfalz	2 410	19	1 059	26	26	1 182	26	33
Saarland	621	4	298	7	6	333	7	7
Sachsen	3 057	20	614	30	7	1 354	68	72
Sachsen-Anhalt	1 769	10	528	26	5	692	26	28
Schleswig-Holstein	1 737	12	891	27	13	719	26	32
Thüringen	1 658	15	438	17	4	586	30	28

1) Nähere Informationen siehe »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

2) Einschl. Ausgaben der obersten Bundesbehörden.

3) Einschl. Mischhaushalte.

4) Einschl. Mitgliedern mit Wohnsitz im Ausland.

Im Kapitel Sozialeleistungen werden – neben den als Bundesstatistiken durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch Statistiken anderer Stellen, wie z. B. Ministerien, dargestellt. Dies geschieht, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Sozialeleistungen in Deutschland zu geben. Die Quellen der Statistiken Dritter sind der jeweiligen Ergebnistabelle zu entnehmen.

Im Folgenden werden die Methodiken der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführten Erhebungen ausführlicher dargestellt. Generell werden diese Bundesstatistiken – bis auf jeweils eine Ausnahme im Bereich der Pflegestatistik und der Elterngeldstatistik – als dezentrale Statistiken durchgeführt, d. h. das Statistische Bundesamt entwickelt das Erhebungs- und Aufbereitungskonzept und bereitet Organisation sowie EDV-Technik vor. Die Statistischen Ämter der Länder führen die Erhebungen durch und bereiten die Daten zu Ergebnissen bis auf Landesebene auf. Aus den Länderergebnissen werden im Statistischen Bundesamt die Bundesergebnisse zusammengestellt und veröffentlicht. Die Bundesstatistiken unterliegen umfangreichen Plausibilitätsprüfungen und einer durchgehenden Qualitätskontrolle durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Insofern sind die Ergebnisse dieser Erhebungen grundsätzlich von hoher Aussagekraft und Qualität.

Kinder- und Jugendhilfestatistiken

Seit 1991 werden zur Beurteilung der Auswirkungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes als Achtem Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) sowie zu seiner Fortentwicklung im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfänger und -empfängerinnen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB VIII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Bei allen Erhebungen besteht gemäß § 102 SGB VIII eine nach Erhebungen differenzierte Auskunftspflicht für die Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe.

Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen i. d. R. zwischen sieben bis elf Monaten nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Im Einzelnen werden im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken folgende Erhebungen durchgeführt, die sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichtage unterscheiden:

- Teil I: Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12., jährlich
- Teil II: Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit, alle vier Jahre, zuletzt 2008
- Teil III.1: Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, ab 2006 jährlich
- Teil III.2: Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung), alle 4 Jahre, zuletzt 2006
- Teil III.3: Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege, neu ab 2006, jährlich
- Teil III.4: Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege, ab 2006 bis 2008, jährlich
- Teil III.5: Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder, neu ab 2009
- Teil IV: Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder, wie z. B. über Anzahl der Heimunterbringungen, die Zahl der Einrichtungen für Heimerziehung und das dort tätige Personal sowie die Ausgaben für Heimerziehung, möglich sind.

Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Pflegestatistik

Ziel der Statistik ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Dies geschieht, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig erkennen und angemessen reagieren zu können. Die Angaben werden ferner für die weitere Planung und Fortentwicklung des Pflegeversicherungsgesetzes benötigt.

Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder seit Dezember 1999 zweijährlich durchgeführt. Die Rechtsgrundlage für die Statistik bildet § 109 Abs. 1 SGB XI in Verbindung mit der Pflegestatistikverordnung.

Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen werden die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen von den Statistischen Landesämtern befragt, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfänger/-innen von Pflegegeldleistungen – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfänger und -empfängerinnen. Diese Datenmeldung erfolgt per Datenträger oder Online-Datenmeldung an das Statistische Bundesamt.

Der Erhebungsstichtag für die Erhebung bei den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12., für die Pflegegeldempfänger und -empfängerinnen – organisatorisch bedingt davon abweichend – der 31.12. Die Veröffentlichung des Deutschlandergebnisses der Erhebung zum Jahresende 2007 erfolgte im Dezember 2008.

Anhand der Statistiken über die Pflegeeinrichtungen kann, zusammen mit den Daten der Statistik über die Pflegegeldempfänger und -empfängerinnen, die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen ermittelt werden. Die so ermittelte Anzahl liegt um knapp 4 % über der Zahl der Pflegebedürftigen, die im Rahmen der sozialen und privaten Pflegeversicherung festgestellt wird. Eine ausführlichere Darstellung von Unterschieden in der Methodik und möglichen Ursachen für die Abweichungen ist dem »Bericht: Pflegestatistik 2007 – Deutschlandergebnisse« zu entnehmen. Berichte zur Pflegestatistik finden Sie als kostenlosen Download im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter dem Suchwort »Pflegestatistik«.

Die Daten zum Personal in den Pflegeeinrichtungen werden als Basis für die Gesundheitspersonalrechnung des Statistischen Bundesamtes verwendet. Die Ergebnisse der Pflegestatistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Statistik der schwerbehinderten Menschen

Zweck der Erhebung ist es, Grundsatzinformationen für die sozialpolitischen Planungen bereitzustellen sowie Beurteilungsgrundlagen für die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises zu liefern.

Es handelt sich um eine Vollerhebung, die alle zwei Jahre durchzuführen ist. Erhebungsstichtag ist der 31.12. Die Rechtsgrundlage ist § 131 des SGB IX.

Die Datenlieferung von den Versorgungsämtern an die Statistischen Landesämter erfolgt ausschließlich auf maschinellen Datenträgern, da bei dieser Statistik auf bereits vorhandene Datensätze bzw. Register der Ämter zurückgegriffen werden kann.

Die Veröffentlichung des Deutschlandergebnisses der Erhebung zum Jahresende 2007 erfolgte im Juli 2008.

Im Rahmen der Statistik über die schwerbehinderten Menschen finden inhaltliche und formale Prüfungen insbesondere in den Statistischen Landesämtern statt. Da bestehende Datenbestände bzw. Register der Versorgungsämter genutzt werden, ist die Qualität allerdings auch von den internen Prüfungen der Versorgungsämter abhängig. In den Versorgungsämtern sind vor allem regelmäßige Abgleiche der Datenbestände mit den aktuellen Einwohnerregistern erforderlich. Anhand der Registerabgleiche ist erkennbar, ob der gemeldete Schwerbehinderte aus dem Bereich des Versorgungsamtes weggezogen oder verstorben ist. Informationen über den schwerbehinderten Menschen erhalten die Versorgungsämter ansonsten i. d. R. nur alle fünf Jahre, wenn ein neuer Schwerbehindertenausweis beantragt wird. In einigen Fällen führen Versorgungsämter auch jährliche Anschreibungsaktionen zur Aktualisierung des Bestandes durch.

Die statistischen Ämter kontaktieren die Versorgungsämter regelmäßig vor den Erhebungen, um an die Aktualisierung der Register zu erinnern. In einigen Ländern waren im Zuge der verbesserten Möglichkeiten für Registerabgleiche in den letzten Jahren deutliche Rückgänge bei der Zahl der schwerbehinderten Menschen zu beobachten. Als Beispiele sind hier zu nennen: Baden-Württemberg (Rückgang von 6 % bzw. 43 000 Personen von 2001 im Vergleich zu 1999), Niedersachsen (Rückgang von 10 % bzw. 68 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Nordrhein-Westfalen (Rückgang von 5 % bzw. 90 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Hessen (Rückgang von 6 % bzw. 34 000 Personen von 2005 im Vergleich zu 2003).

Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Statistik)

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (»Hartz IV«), wurde zum 1.1.2005 die vorherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige durch die sogenannte »Grundsicherung für Arbeitsuchende« ersetzt, die im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) geregelt ist.

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende setzen sich aus dem Arbeitslosengeld II (ALG II) und dem Sozialgeld zusammen: ALG II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Als erwerbsfähig gilt dabei, wer unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) erhalten Sozialgeld. Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende handelt es sich um eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung, die sich ausschließlich am Bedarf der Empfänger/-innen orientiert und nicht – wie die ehemalige Arbeitslosenhilfe – am letzten Nettolohn. Die Grundlage für die Berechnung der Leistungen nach dem SGB II ist, wie bei der Sozialhilfe, die sogenannte Bedarfsgemeinschaft.

Die Höhe der Leistungen orientiert sich am Bedarf der Empfänger/-innen. Dabei wird unter Berücksichtigung der Freibetragsregelungen das vorhandene Einkommen und Vermögen der gesamten Bedarfsgemeinschaft angerechnet. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst die Regelleistung (Ernährung, Kleidung, Hausrat, Haushaltsenergie sowie in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben), Leistungen für Unterkunft, Heizung und Sonderleistungen. Außerdem werden Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung abgeführt.

Für die Durchführung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Statistik) ist nach § 53 SGB II die Bundesagentur für Arbeit (BA) zuständig. Aufgrund der hohen Fallzahlen und der Höhe der damit verbundenen Ausgaben des Bundes sowie der Kommunen stellt die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende einerseits eine wichtige Datenquelle für die Sozialberichterstattung dar. Andererseits ergänzt sie die Arbeitsmarktstatistik nach dem SGB III hin zu einer umfassenden Arbeitsmarktstatistik für Deutschland und die Regionen. Die SGB II-Statistik ist damit auch Grundlage für die amtliche Arbeitsmarktberichterstattung der BA nach den §§ 280 und 283 SGB III.

Eine detaillierte methodische Beschreibung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II finden Sie auf der Homepage der BA unter www.pub.arbeitsagentur.de.

Im Rahmen des Projekts »Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik« werden alle Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld II sowie von Sozialgeld zu den Beziehern von staatlichen Mindestsicherungsleistungen gezählt.

Kriegsopferfürsorgestatistik

Zweck der Kriegsopferfürsorgestatistik ist es, Feststellungen über den Umfang der Leistungen der Kriegsopferfürsorge sowie über den Personenkreis der Leistungsempfänger/-innen zu treffen. Bund und Länder benötigen für Planung, Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Kriegsopferfürsorgerechts zuverlässige statistische Angaben.

Es handelt sich um eine zweijährliche Vollerhebung. Die **Rechtsgrundlage** bildet das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge.

Die Daten werden von den Statistischen Landesämtern bei den örtlichen und überörtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge erhoben. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2008 lagen im Oktober 2009 vor. Die Ergebnisse der Statistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Sozialhilfestatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Zwölften Buches Sozialgesetzbuch** (SGB XII »Sozialhilfex«) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Sozialhilfestatistik verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die alle als Vollerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Sozialhilfeempfänger/-innen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB XII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Sozialhilfestatistiken sind die §§ 121–129 des SGB XII. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 125 SGB XII eine Auskunftspflicht durch die örtlichen Träger (Sozialämter der kreisfreien Städte bzw. Landkreise) oder die überörtlichen Träger (Länder selbst oder höhere Kommunalbehörden, wie z. B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände oder Bezirke) der Sozialhilfe.

Die Bundesergebnisse der Sozialhilfestatistiken werden i. d. R. rund neun bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Das mit Inkrafttreten des SGB XII zum 1.1.2005 grundlegend reformierte Berichtssystem der Sozialhilfestatistik gliedert sich seitdem in die folgenden Teilerhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzeitempfänger/-innen) nach dem 3. Kapitel SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12. sowie Meldung der Zu- und Abgänge
- Statistik der Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfestellung, vierteljährliche Bestandserhebung zum Quartalsende
- Statistik der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII (u. a. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit; bis Ende 2004 wurden diese Leistungen als »Hilfen in besonderen Lebenslagen« bezeichnet), jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Asylbewerberleistungsstatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Asylbewerberleistungsgesetzes** (AsylbLG) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Asylbewerberleistungsstatistik verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die als Vollerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Empfänger/-innen von Asylbewerberleistungen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem AsylbLG verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Asylbewerberleistungsstatistik bildet § 12 AsylbLG. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 12 Abs. 5 AsylbLG eine Auskunftspflicht durch die für die Durchführung des AsylbLG zuständigen Stellen.

Die Bundesergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistiken werden i. d. R. rund neun bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Im Einzelnen werden im Rahmen der amtlichen Asylbewerberleistungsstatistik **folgende Erhebungen** durchgeführt, die sich jeweils durch unterschiedliche Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfänger/-innen von Asylbewerberleistungen, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfänger/-innen von besonderen Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Wohngeldstatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Wohngeldgesetzes** (WoGG) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Wohngeldstatistik Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die als Vollerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Wohngeldempfänger/-innen sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Wohngeldstatistiken sind die §§ 34–36 WoGG. Für die Erhebungen besteht gemäß § 34 Abs. 2 WoGG eine Auskunftspflicht durch die für die Leistung von Wohngeld zuständigen Stellen.

Die Bundesergebnisse der Wohngeldstatistiken werden i. d. R. rund neun bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Im Einzelnen wurden im Rahmen der amtlichen Wohngeldstatistik (bis einschließlich dem Berichtsjahr 2004) **folgende Erhebungen** durchgeführt, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Allgemeines Wohngeld, jährliche Erhebung der Empfänger/-innen zum 31.12.
- Allgemeines Wohngeld, vierteljährlich für das abgelaufene Quartal
- Besonderer Mietzuschuss, jährliche Erhebung der Empfänger/-innen zum 31.12.
- Besonderer Mietzuschuss, vierteljährlich für das abgelaufene Quartal.

Infolge des zum 1.1.2005 in Kraft getretenen »Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz IV«) haben sich auch für das Wohngeldrecht bzw. die Wohngeldstatistik erhebliche Veränderungen ergeben. Diese hatten auch den Wegfall des besonderen Mietzuschusses zur Folge, so dass Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge seit dem 1.1.2005 nicht mehr zu den Wohngeldempfängern zählen und dementsprechend die Erhebungen zum besonderen Mietzuschuss seitdem entfallen (Einzelheiten zu den rechtlichen Änderungen seit 2005 können Sie den Ausführungen zum Stichwort »Wohngeld« im Abschnitt »Definitionen« entnehmen).

Abgrenzung Sozialbudget/Sozialeleistungen

Zur Vermittlung eines Gesamtüberblicks werden im Tabellenteil zunächst die Sozialleistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeber in der Abgrenzung des **Sozialbudgets** der Bundesregierung nach Institutionen, Leistungs- und Finanzierungsarten dargestellt (Tabelle 8.1). In den folgenden Tabellen 8.2 bis 8.20 werden aus verschiedenen Erhebungen und Geschäftsstatistiken Angaben über einzelne **Sozialeleistungen** detaillierter dargestellt. Weil die Zahlen des Sozialbudgets z. T. definitorisch anders abgegrenzt bzw. bereinigt sind (s. u.), besteht keine volle Vergleichbarkeit mit den Angaben aus den Statistiken der Sozialleistungen (insbesondere mit den Rechnungsabschlüssen der in den Tabellen 8.2 bis 8.20 aufgeführten Sozialleistungsträger) bzw. mit den Ergebnissen der Finanzstatistik im Kapitel 23 des Statistischen Jahrbuchs.

Im Abschnitt »Definitionen« werden Erläuterungen zur Abgrenzung der einzelnen Sozialleistungen bzw. Institutionen des Sozialbudgets gegeben. Damit die einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbar sind, mussten sie für die Darstellung im Sozialbudget bereinigt werden. So werden z. B. die Sozialleistungen insgesamt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfänger/-innen und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfänger/-innen sozialer Leistungen bereinigt. Die Beiträge des Staates sind allerdings nach wie vor in den Leistungen der einzelnen Institutionen enthalten und dort als Barerstattung ausgewiesen. Weiter wird die Krankenversicherung um die Mutterschutzleistungen des Bundes ergänzt, die Sozialhilfe um die zusätzlichen Leistungen der Länder und Gemeinden sowie ab 1994 um die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Jugendhilfe um Leistungen nach dem Bundesjugendplan und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Darlehen finden im Sozialbudget keinen Niederschlag.

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 13 »Sozialeleistungen« (siehe hierzu auch »Publikationen und Auskünfte« am Ende dieses Kapitels). Zusätzliche Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken können Sie über unsere Internetadresse www.destatis.de unter »Publikationen« kostenlos anhand der thematisch geordneten »Qualitätsberichte« abrufen.

Definitionen zum Sozialbudget

Die folgenden Definitionen, auch soweit sie die Rechtslage betreffen, beziehen sich auf den Zeitraum bis 2009.

Die **Alterssicherung der Landwirte (AdL)**, ein berufsspezifisch ausgerichtetes Sonder-system der Alterssicherung, soll den landwirtschaftlichen Unternehmern, ihren Familienangehörigen und Hinterbliebenen eine Teilsicherung im Alter und bei verminderter Erwerbsfähigkeit gewährleisten. Zu diesem Zweck werden von den landwirtschaftlichen Alterskassen als Träger der landwirtschaftlichen Alterssicherung insbesondere Altersrenten, Renten wegen Erwerbsminderung oder Witwen-, Witwer- und Waisenrenten gewährt. Die AdL erbringt als Leistungen zur Teilhabe medizinische und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation. Für die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen gelten grundsätzlich die Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend. Bei Erbringen einer Leistung zur Rehabilitation, bei Arbeitsunfähigkeit und Schwangerschaft kann zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Unternehmens Betriebs- und Haushaltshilfe gewährt werden.

Beitragspflichtig sind selbstständig tätige Land- und Forstwirte/-wirtinnen und ab 1995 deren Ehegatten sowie mitarbeitende Familienangehörige. Für die mitarbeitenden Familienangehörigen zahlt der Unternehmer einen Beitrag in Höhe der Hälfte des Unternehmerbeitrags. Befreiung ist möglich, z. B. bei regelmäßigem außerlandwirtschaftlichem Einkommen von mehr als 4 800 Euro jährlich. Einkommensschwächere Landwirte erhalten auf Antrag einen Zuschuss zum Beitrag.

Leistungen der **Arbeitslosenversicherung** können je nach Art der Leistung von unterschiedlichen Personengruppen in Anspruch genommen werden. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Auszubildendenförderung sind für alle Personengruppen zugänglich, Anspruch auf Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) haben vor allem alle beitragspflichtigen Arbeitnehmer.

Ausbildungs- und Aufstiegsförderung: Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) regelt die staatliche Unterstützung für die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden mit dem Ziel, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine ihrer Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung zu ermöglichen. Die Leistungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und an den Bedarf angepasst. Die letzte deutliche Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze erfolgte durch das 22. BAföG-Änderungsgesetz, das zum Wintersemester 2008/2009 in Kraft getreten ist. Der aktuelle Höchstförderersatz für Studierende beträgt derzeit 648 Euro monatlich. Ausbildungsförderung wird geleistet, wenn dem Auszubildenden bzw. seinen unterhaltsverpflichteten Eltern oder Ehegatten keine eigenen Mittel für Ausbildung und Unterhalt zur Verfügung stehen; Einkommen und Vermögen des Auszubildenden, sowie das Einkommen der Eltern und des Ehegatten sind anzurechnen (familienabhängige Förderung). Leistungen zur beruflichen Weiterbildung sind im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) geregelt. Mit dem AFBG werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflichen Aufstiegsfortbildungsmaßnahmen wie z. B. zur Meisterin oder zum Meister, zur Technikerin oder zum Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen finanziell unterstützt. Das AFBG dient damit der Gleichstellung der Förderbedingungen in allgemeiner und beruflicher Bildung. Mit dem zum 1.7.2009 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes wurden die Förderkonditionen des AFBG verbessert und der Förderbereich ausgeweitet. Die Förderung nach dem AFBG erfolgt zu 78 % durch den Bund und zu 22 % durch die Länder.

Beihilfen sind Leistungen des Staates in seiner Funktion als Arbeitgeber nach den Beamtengesetzen als Beihilfen zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen sowie bei Dienstunfällen.

Die **betriebliche Altersvorsorge** ist klassischerweise eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers. Seit dem 1.1.2002 haben Beschäftigte jedoch grundsätzlich das Recht, Teile ihres Lohnes oder Gehaltes in eine wertgleiche Zusage auf eine betriebliche Altersvorsorge umzuwandeln (Entgeltumwandlung). Leistungen der betrieblichen Altersvorsorge können vom Arbeitgeber direkt über eine Direktzusage bzw. eine Unterstützungskasse erfolgen oder über externe Versorgungsträger (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds) erbracht werden. Die Förderung erfolgt in unterschiedlicher Art und Weise: über die Steuer- und Beitragsfreiheit der Aufwendungen und – in den externen Durchführungswegen – über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug (Riester-Förderung).

Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Das Elterngeld dient zum Ausgleich wegfallenden Erwerbseinkommens für den Elternteil, welcher das Kind betreut. Es beträgt regelmäßig 67 % des bereinigten Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro. Für Eltern mit Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro monatlich. Bei Mehrlingsgeburten oder älteren Geschwisterkindern kann sich der zustehende Elterngeldanspruch erhöhen. Elterngeld kann in den

ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam bis zu 14 Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für zwei und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens zwei Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf zwei weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Zur **Entgeltfortzahlung** zählen Leistungen der öffentlichen und privaten Arbeitgeber aufgrund rechtlicher Verpflichtungen im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, bei Mutterschaft und Heilverfahren. Erfasst werden hier im Sozialbudget auch die freiwilligen Leistungen der Arbeitgeber sowie ihr Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz.

Familienzuschläge sind Zuschläge für Ehegatten und Kinder, die den aktiven oder ehemaligen Bediensteten nach den Beamtengesetzen gezahlt werden.

Pflichtmitglieder der **gesetzlichen Krankenversicherung** sind insbesondere Arbeitnehmer mit einem Arbeitsentgelt zwischen der geringfügigkeitsgrenze und der jeweils maßgeblichen Versicherungspflichtgrenze, Auszubildende, Bezieher von Arbeitslosengeld oder – unter bestimmten Voraussetzungen – Arbeitslosengeld II, Studierende (grundsätzlich bis zum Abschluss des 14. Fachsemesters und bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres), Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (wenn sie seit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens 9/10 der zweiten Hälfte des Zeitraums gesetzlich krankenversichert waren), behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt sind, Landwirte/Landwirtinnen, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteiler sowie Künstler und Publizisten, sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen.

Die Beiträge für die pflichtversicherten Arbeitnehmer und die pflichtversicherten Rentner/-innen werden mit Ausnahme des mitgliederbezogenen Beitragssatzanteils in Höhe von 0,9 % grundsätzlich je zur Hälfte von ihnen selbst und von ihren Arbeitgebern bzw. den zuständigen Rentenversicherungsträgern getragen.

Die freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung ist grundsätzlich als Weiterversicherung nach Ende eines Tatbestandes der Versicherungspflicht ausgestaltet. Beitragsfrei familienversichert sind der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern und familienversicherten Kindern unter bestimmten Voraussetzungen. Hierzu gehört insbesondere, dass das Gesamteinkommen 360 Euro monatlich, bei Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung 400 Euro monatlich, nicht übersteigt.

Die gesetzliche Krankenversicherung erbringt Leistungen für die Versicherten. Diese umfassenden Leistungen werden überwiegend als Sachleistung gewährt; in Form von Geldleistungen werden Krankengeld und Mutterschaftsgeld – als Ersatz für Verdienstaufschlag für die Zeit von sechs Wochen vor bis acht bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung – gezahlt. Außerdem gehören Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zu ihrer Verhütung zum Leistungskatalog.

In der **gesetzlichen Rentenversicherung** sind alle Personen pflichtversichert, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind. Zu den Pflichtversicherten gehören auch bestimmte Selbstständige (z. B. Handwerker/-innen, Hebammen). Die Versicherungspflicht besteht unabhängig von der Höhe des Einkommens. Personen, die nicht versicherungspflichtig sind, haben grundsätzlich die Möglichkeit, sich freiwillig zu versichern.

Die Beiträge für Pflichtversicherte werden entsprechend dem jeweils geltenden Beitragssatz bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze grundsätzlich je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen. Sonderregelungen gelten in der knappschaftlichen Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung erbringt Leistungen bei Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod des Versicherten. Sie zahlt bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter Renten an die Versicherten. Bei Tod des Versicherten sind seinen Hinterbliebenen Witwen- oder Witwerrenten und Waisenrenten zu zahlen. Die Rentenversicherung erbringt ferner Leistungen zur Teilhabe; das sind Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen.

In der **gesetzlichen Unfallversicherung** sind nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) Arbeitnehmer und Auszubildende versichert (Ausnahme: Beamte). Darüber hinaus sind weitere Personengruppen versichert, so bestimmte Selbstständige (z. B. Landwirte/Landwirtinnen), Kinder, die in Kindertageseinrichtungen oder durch geeig-

nete Tagespflegepersonen betreut werden, Schüler und Studierende sowie bestimmte ehrenamtlich tätige Personen. Für andere Personen, z. B. für Unternehmer und Unternehmerinnen, die nicht bereits kraft Gesetzes oder Satzung versichert sind, besteht die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung.

Die gesetzliche Unfallversicherung hat die Aufgabe, mit allen geeigneten Mitteln Versicherungsfälle (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten) und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten, nach Eintritt eines Versicherungsfalles die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten wiederherzustellen sowie Versicherte bzw. Hinterbliebene durch Geldleistungen zu entschädigen. Die Leistungen umfassen insbesondere Heilbehandlungsmaßnahmen, medizinische Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Geldleistungen an Versicherte (z. B. Verletztengeld während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit, Übergangsgeld während der Durchführung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder Rentenleistungen) sowie Geldleistungen an Hinterbliebene (z. B. Witwen-/Witwerrenten).

Die Beiträge für die Versicherten werden allein vom Unternehmer bzw. von der Unternehmerin getragen.

Seit dem 1.1.2005 werden nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) Leistungen für **Grundsicherung für Arbeitsuchende** an erwerbsfähige Hilfebedürftige erbracht. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein steuerfinanziertes Fürsorgesystem, das für erwerbsfähige Hilfebedürftige vorrangig Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt. Daneben haben erwerbsfähige Hilfebedürftige, die trotz intensiver Bemühungen keinen Arbeitsplatz finden können oder mit ihrer Erwerbstätigkeit ein nicht bedarfsdeckendes Einkommen erzielen, Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als Arbeitslosengeld II, das auch als ergänzende (aufstockende) Leistung zum Einkommen zu gewähren ist.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende verfolgt einen haushaltsbezogenen Ansatz. Das bedeutet, dass neben dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen auch die mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen bei Hilfebedürftigkeit Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts entweder als Arbeitslosengeld II oder als Sozialgeld erhalten. Allerdings heißt das auch, dass wechselseitig Einkommen und Vermögen unter Berücksichtigung von Freibeträgen und Schonvermögen für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zur Deckung des Lebensunterhalts einzusetzen ist.

Am 1.1.1991 trat das neue **Kinder- und Jugendhilferecht** als Achstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in den alten Bundesländern in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum, das sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen vorsieht. Zur Beurteilung der Auswirkungen der Bestimmungen des SGB VIII werden gemäß §§ 98ff. SGB VIII mehrere Bundesstatistiken durchgeführt. Die mögliche Palette der Aussagen reicht von der Anzahl der verfügbaren Plätze in Kindertageseinrichtungen über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dabei beschränken sich die möglichen Aussagen nicht nur auf die Anzahl der geleisteten Hilfen, sondern können sich auch auf die Hilfeempfänger/-innen, ihre Lebenssituation und die Durchführung einer Hilfe beziehen. Ein wichtiger Bereich sind die Hilfen zur Erziehung (§§ 27 bis 35 SGB VIII), die von Erziehungsberechtigten, sozialer Gruppenarbeit und Betreuung einzelner junger Menschen (Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer) über sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie sowie Heimerziehung und sonstige betreute Wohnform bis zu intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung reichen. Die erzieherischen Hilfen einschließlich der Hilfe für junge Volljährige und die Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche werden in der Kinder- und Jugendhilfestatistik am umfangreichsten erfasst. Hierzu werden die seit 2007 für alle Hilfearten gleichen Erhebungsmerkmale jährlich erhoben. Auch die Erhebungen zu Adoptionen, Amtsvormundschaften, Amtpflegschaften und Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen sowie Sorgerechtsentziehungen werden jährlich durchgeführt. Seit 2007 werden auch die Eingliederungshilfen für junge Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung (§ 35a SGB VIII) jährlich statistisch erfasst.

Ausgewählte, mit öffentlichen Mitteln geförderte Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII) werden alle vier Jahre statistisch erfasst. Anstelle der bisher vierjährlich erhobenen Statistik zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze wurden erstmals zum 15.3.2006 Daten zu den neuen Statistiken »Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen«, »Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege« und ab 2009 »Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder« erhoben. Diese Statistiken werden seitdem jährlich durchgeführt. Die übrigen Einrichtungen der Kinder- und

Jugendhilfe, z. B. Einrichtungen der Heimerziehung, Jugendzentren, Jugendkunst- und -musikschulen und Jugendzeltplätze, Beratungsstellen und Jugendämter werden weiterhin vierjährlich erfasst. Die Erhebungen hierzu liefern Informationen zu Trägerstrukturen, Einrichtungsgrößen und den darin tätigen Personen.

Die Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe werden jährlich einschließlich der Fördermittel für freie Träger erfasst und geben einen Überblick über den (finanziellen) Stellenwert dieser Leistungen für die nachwachsenden Generationen. Im Sozialbudget werden zu diesen Ausgaben der öffentlichen Träger für Jugendhilfe noch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einbezogen (zur Jugendhilfestatistik siehe auch im Abschnitt »Methodische Erläuterungen«).

Unter **Kindergeld und Familienleistungsausgleich** werden die im Rahmen des Familienleistungsausgleichs insgesamt durch Kinderfreibeträge oder Kindergeld bewirkte steuerliche Entlastung und gewährte Familienförderung dargestellt sowie die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den mit Wirkung ab 1996 eingeführten Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Durch die einkommensabhängige Leistungsgewährung fördert das Kindergeld Familien mit geringem Einkommen und mehreren Kindern. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 beträgt es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro. Ab 2010 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro.

Der **Lastenausgleich** umfasst Leistungen zum Ausgleich von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und infolge der Neuordnung des Geldwesens in der Währungsreform 1948 ergeben haben, nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit: Ausgleichsleistungen für Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden, Sparschäden und Schäden in der ehem. DDR. Sie wurden als Leistungen mit Rechtsanspruch (u. a. Hauptentschädigung, Kriegsschadenrente, Hausratentschädigung, Entschädigung für Sparguthaben) oder als Leistungen ohne Rechtsanspruch (hauptsächlich Eingliederungs- und Aufbaudarlehen) gewährt. Weitere Leistungen wurden nach dem Flüchtlingshilfegesetz und dem Reparationsschädengesetz erbracht. Die Leistungsgewährung beschränkte sich auf das frühere Bundesgebiet; infolge Fristablaufs ist heute eine Leistungsgewährung nicht mehr möglich. Lastenausgleich fordert die Ausgleichsverwaltung – seit dem 1.1.2010 auch das Bundesausgleichsamt – bei Ausgleich der festgestellten Schäden, z. B. durch Vermögensrückgaben in den neuen Ländern, von den Lastenausgleichsempfängern/-empfängerinnen oder ihren Erben zurück.

Pensionen: Ruhegehälter sowie Witwen-/Witwer- und Waisengelder, die von Gebietskörperschaften, ihren Wirtschaftsunternehmen und von sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften aufgrund von beamtenrechtlichen Vorschriften gezahlt werden. Erfasst werden auch die Leistungen an Bundesbeamte und -beamtinnen bei den privatisierten Wirtschaftsunternehmen Bahn und Post, Beschäftigte der Sozialversicherungsträger sowie Empfänger/-innen einer Versorgung nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Träger der sozialen **Pflegeversicherung** sind die Pflegekassen. Der versicherte Personenkreis der sozialen Pflegeversicherung umfasst die in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten (Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder, Familienversicherte). Leistungsberechtigt sind Personen, die wegen einer Krankheit oder einer Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen. Die pflegebedürftigen Menschen werden nach dem Umfang des Hilfebedarfs in drei Pflegestufen unterteilt. Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich danach, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erforderlich ist. Bei teilstationärer und stationärer Pflege gewähren die Pflegekassen Pflegesachleistungen, bei ambulanter Pflege hat der bzw. die Pflegebedürftige die Wahl zwischen Pflegesachleistungen (Einsätze zugelassener ambulanter Dienste), dem Pflegegeld oder der anteiligen Kombination beider Leistungsarten. Für die häuslichen Pflegepersonen werden unter gewissen Voraussetzungen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. Die Leistungen für die ambulante Pflege gibt es seit 1.4.1995, für stationäre Pflege seit 1.7.1996; sie werden überwiegend durch Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber je zur Hälfte (außer Sachsen) finanziert. Die Belastung der Arbeitskosten wird für die Arbeitgeber durch den Wegfall eines Feiertages (außer Sachsen) kompensiert.

Seit April 2002 wurde mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz die Situation pflegebedürftiger Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf verbessert und Initiativen zum Aufbau von sogenannten niedrigschwelligen Betreuungsangeboten insbesondere für die Betreuung zu Hause versorgter dementer Menschen angestoßen.

Seit dem 1.7.2008 beträgt der Beitragssatz 1,95 % (für Kinderlose 2,2 %). Erstmals können seither auch Pflegebedürftige der sogenannten Pflegestufe 0 Betreuungsleistungen aus Mitteln der Pflegeversicherung erhalten. Neben sonstigen Leistungsverbesserungen wurde zur sozialen Flankierung der Pflegezeit ein Anspruch auf Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung und die Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung für pflegende Angehörige eingeführt.

Seit 2002 besteht die Möglichkeit einer staatlichen Förderung für eine zusätzliche kapitalgedeckte **private Altersvorsorge** zur Ergänzung der gesetzlichen Rente. Der Personenkreis umfasst alle Pflichtmitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung und der Altersicherung der Landwirte, sowie Beamte/Beamtinnen und Empfänger/-innen von Amtsbezügen. Im Jahr 2008 wurden auch Bezieher einer Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit oder einer Versorgung wegen vollständiger Dienstunfähigkeit in den begünstigten Personenkreis aufgenommen. Die Förderung erfolgt über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug. Der Aufbau einer solchen Eigenvorsorge ist freiwillig. Die Gesamtparleistung (Mindesteigenbeitrag plus Zulage) ist von 1 % in 2002/2003 (über 2 % in 2004/2005 und 3 % in 2006/2007) bis zum Jahr 2008 auf maximal 4 % des in der Rentenversicherung beitragspflichtigen Vorjahreseinkommens bzw. der bezogenen Besoldung oder Amtsbezüge des Vorjahres gestiegen, begrenzt auf die für den Sonderausgabenabzug zu berücksichtigenden Höchstbeträge.

Sonstige Arbeitgeberleistungen sind Leistungen der Betriebe bei Krankheit, der Wohnungsfürsorge, freiwillige Familienzuschläge, Vorruhestandsleistungen der Betriebe.

Zu den **sonstigen Entschädigungen** zählen Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz für Wehr- und Zivildienstleistende und ihre Angehörigen, ferner einmalige Unterstützungen und Eingliederungshilfen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz (auch an Aussiedler/-innen) und dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz.

Das **soziale Entschädigungsrecht** umfasst Leistungen für Kriegsoffer nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und für Berechtigte nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen (z. B. Gewaltopfer, Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte, Opfer staatlichen Unrechts in der DDR und Impfgeschädigte sowie deren Hinterbliebene). Die Leistungen bemessen sich nach Umfang und Schwere der Schädigungsfolgen und dem jeweiligen Bedarf und setzen sich aus mehreren Einzelleistungen (Geld- und Sachleistungen) zusammen. Dazu zählen beispielsweise Beschädigtenrente, Pflegezulage und Berufsschadensausgleich sowie Hinterbliebenenrente und Bestattungsgeld als auch Leistungen zur Heil- und Krankenbehandlung und medizinische Rehabilitation. Die Rentenleistungen an Geschädigte und Hinterbliebene, die dem Ausgleich schädigungsbedingten Mehraufwandes dienen oder die vorrangig ideellen Charakter haben, werden ohne Berücksichtigung des Einkommens gezahlt. Die Höhe der anderen Leistungen, die bei Bedürftigkeit als Einkommens- oder Unterhaltersatz gezahlt werden, hängt – soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist – vom Einkommen des Berechtigten ab. Ergänzend hierzu tritt im Bedarfsfall die **Kriegsofferfürsorge** mit ihren individuellen Hilfen ein: z. B. Hilfe in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Pflege oder die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Leistungen hängen überwiegend vom Einkommen und Vermögen der Berechtigten ab, soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Für die Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts sind die Versorgungsbehörden sowie die Fürsorge- bzw. Hauptfürsorgestellen in den einzelnen Ländern zuständig.

Die **Sozialhilfe** schützt als letztes »Auffangnetz« vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung. Sie soll den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben.

Im Rahmen des SGB XII »Sozialhilfe« werden im Einzelnen folgende Leistungen unterschieden:

3. Kapitel SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27–40),
4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41–46a),
5. Kapitel SGB XII: Hilfen zur Gesundheit (§§ 47–52),
6. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53–60),
7. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Pflege (§§ 61–66),
8. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67–69),
9. Kapitel SGB XII: Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70–74).

Für die amtliche Statistik der Hilfe zum Lebensunterhalt führte die Einführung der »Grundsicherung für Arbeitsuchende« nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zum 1.1.2005 (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) zu weitreichenden Änderungen. Seit 2005 erhalten bisherige Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne), sofern sie grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Deshalb wurden erwerbsfähige hilfebedürftige Personen letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII erhalten seit dem 1.1.2005 lediglich *nicht erwerbsfähige* Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (z. B. Vermögen) oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören auch z. B. zeitlich befristet voll Erwerbsgeminderte (Personen, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes weniger als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können), längerfristig Erkrankte (länger als sechs Monate), Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, sofern sie nicht in einem Haushalt von erwachsenen und hilfebedürftigen erwerbsfähigen Personen leben (ansonsten würde ein Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitsuchende bestehen) oder ältere Personen, die zwar noch nicht die Regelaltersgrenze erreicht haben, aber bereits Leistungen der Alterssicherungssysteme (insbesondere aus der gesetzlichen Rentenversicherung) erhalten. Eine weitere Veränderung in der Sozialhilfestatistik ergab sich in der Vergangenheit, weil Asylbewerber seit dem 1.11.1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Unter **steuerliche Leistungen** werden vier unterschiedliche Arten von steuerlichen Maßnahmen zusammengefasst; nämlich sozialpolitisch begründete Maßnahmen (mit Subventions-, Anreiz- oder Förderungszielen), Maßnahmen wegen geminderter steuerlicher Leistungsfähigkeit, Splitting-Verfahren für Ehegatten sowie Steuerermäßigung für Pflege- und Betreuungskosten.

Versorgungswerke basieren auf der berufsständischen Selbstverwaltung in öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft (Kammerverfassung) und wurden aufgrund von Landesgesetzen für bestimmte freie Berufe zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung errichtet. Einbezogen in diese Versicherungs- und Versorgungswerke sind insbesondere Ärzte/Ärztinnen, Zahnärzte/Zahnärztinnen, Tierärzte/Tierärztinnen, Apotheker/-innen, Rechtsanwälte/-anwältinnen und Notare/Notarinnen, Wirtschaftsprüfer/-innen und Steuerberater/-innen, Architekten/Architektinnen.

Gewährt werden Leistungen zur Teilhabe, bei Berufsunfähigkeit, bei Alter und zugunsten von Hinterbliebenen.

Die **Wiedergutmachung** enthält vor allem Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und die darauf basierenden Regelungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, aber auch Ausgaben im Rahmen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) und des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG).

Das **Wohngeld** ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall vom Wohngeldempfänger bzw. von der -empfängerin getragen werden.

Aufgrund der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Änderungen im Sozialrecht (»Hartz IV«) hat sich im Berichtsjahr 2005 der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduziert. Ab diesem Zeitpunkt entfällt für Empfänger und -empfängerinnen bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie für Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft der Wohngeldanspruch. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, so dass sich dadurch für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Hinzu kommt, dass der besondere Mietzuschuss als besondere Form der Wohngeldgewährung an Bezieher und Bezieherinnen von Sozialhilfe und Kriegsofferfürsorge entfiel. Neben diesen reinen Wohngeldhaushalten gibt es seit 2005 auch eine Anzahl von wohngeldrechtlichen Teilhaushalten in Mischhaushalten. Dabei handelt es sich um Haushalte, in denen der Antragsteller Empfänger bzw. die Antragstellerin Empfängerin von Transferleistungen und damit nicht selbst wohngeldberechtigt ist, aber mindestens einer der übrigen Mitbewohner, oder um Haushalte, in denen der Antragsteller bzw. die Antragstellerin selbst wohngeldberechtigt ist, in dessen Gesamthaushalt aber auch Transferleistungsempfänger und -empfängerinnen leben.

Mit der zum 1.1.2009 in Kraft getretenen Wohngeldreform sind – erstmals seit den Anpassungen 2001 – wieder Leistungsverbesserungen für die Wohngeldbezieher/-innen verbunden. Ferner wird sich durch diese Gesetzesreform die Zahl der wohngeldberechtigten Haushalte wieder erhöhen.

Als **Zusatzversorgung** wird die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Tarifbeschäftigte (früher: Arbeiter und Angestellte) öffentlicher Arbeitgeber bezeichnet, die z. B. bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder oder bei kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen versichert sind.

Ergänzende Definitionen zu einzelnen Statistiken

Asylbewerberleistungen erfolgen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), das am 1.11.1993 in Kraft getreten ist. Asylbewerber und -bewerberinnen und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seitdem bei Bedarf anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG. Zur Deckung des täglichen Bedarfs (Ernährung, Kleidung, Unterkunft etc.) erhalten die Leistungsberechtigten Regelleistungen. Diese werden entweder in Form von Grundleistungen (§ 3 AsylbLG) oder in besonderen Fällen in Form von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 2 AsylbLG) analog zu den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) gewährt. Daneben erhalten die Asylbewerber und -bewerberinnen in speziellen Bedarfssituationen besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG). Die analoge Anwendung von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erfolgt auch in diesem Bereich in besonderen Fällen auf der Grundlage des § 2 AsylbLG. Demnach ist Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Im Sozialbudget werden die Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG weiterhin zusammen in der Institution »Sozialhilfe« ausgewiesen. Erfasst werden hier auch weitere soziale Hilfen des Bundes und der Länder.

Die Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** wurden durch das zum 1.1.2003 in Kraft getretene Grundsicherungsgesetz (GSiG) eingeführt. Mit der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Reform der Sozialhilfe wurde das GSiG als 4. Kapitel in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«) eingeordnet. Seit diesem Zeitpunkt ist die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Bestandteil des Sozialhilferechts (siehe hierzu auch die Ausführungen zum Stichwort »Sozialhilfe« in den »Definitionen« sowie die Ausführungen zur Sozialhilfestatistik in den »Methodischen Erläuterungen«). Nach dem 4. Kapitel des SGB XII haben Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfebedürftigkeit einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Leistungen entsprechen denen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

(3. Kapitel SGB XII). Einkommen wie z. B. Rentenbezüge oder Vermögen von Leistungsberechtigten, nicht getrennt lebender Ehegatten oder Lebenspartner sowie Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft werden ebenfalls wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet. Allerdings wird gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern bzw. Eltern mit einem Jahreseinkommen unterhalb von 100 000 Euro kein Unterhaltsrückgriff vorgenommen. Durch den Verzicht auf den Unterhaltsrückgriff soll die sogenannte »verschämte Armut« verhindert werden. Vor allem ältere Menschen machten vor Einführung der Grundsicherung bestehende Ansprüche auf Hilfe zum Lebensunterhalt oftmals nicht geltend, weil sie den Rückgriff des Sozialamts auf ihre unterhaltspflichtigen Kinder fürchteten.

Die **Mindestsicherungsquote** stellt den Anteil der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden als finanzielle Hilfen des Staates zur Sicherung des laufenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausbezahlt. Leistungsberechtigt ist, wer seinen grundlegenden Lebensunterhalt aufgrund von besonderen Lebensumständen nicht aus eigenen Mitteln decken kann.

Zu den Leistungen der Mindestsicherung zählen die folgenden Hilfen:

- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II »Grundsicherung für Arbeitsuchende«),
- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«),
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«),
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG),
- laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Schwerbehinderte Menschen: Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind schwerbehindert, wenn ihnen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Bei mehreren Behinderungen wird der GdB nach den Auswirkungen der Behinderungen in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen festgestellt. Auf Antrag stellen die Versorgungsämter für diese Personen einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch aus. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen, die schwerbehinderten Menschen nach dem Neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX), z. B. unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr, oder nach anderen Gesetzen zustehen (z. B. Einkommensteuer-, Kraftfahrzeugsteuergesetz).

8 Sozialeleistungen
8.1 Sozialbudget nach Institutionen *)

Jahr	Leistungen						Finanzierung							
	ins- gesamt ¹⁾	Sozialschutzleistungen			Sonstige Ausgaben	Verrech- nungen	ins- gesamt	Sozialbeiträge			Zuschüsse des Staates	sonstige Einnahmen	Verrech- nungen	
		Einkom- mens- leistungen	Sachlei- stungen	Beiträge des Staates				der Ver- sicherten ²⁾	der Arbeitgeber					Beiträge des Staates
									tatsächlich	unterstellt				
Mill. EUR														
Sozialeleistungen insgesamt, konsolidiert um Beiträge des Staates und Verrechnungen (Zahlungen der Institutionen untereinander)														
2007	709 219	472 546	211 174	-	1 595	-	748 199	199 345	174 747	76 028	-	284 789	13 291	-
2008	721 396	477 015	218 127	-	1 725	-	767 116	206 633	178 517	77 031	-	290 999	13 936	-
nachrichtlich: Sozialeleistungen einschl. Beiträge des Staates														
2007	742 106	472 546	211 174	32 887	1 595	-	781 086	199 345	174 747	76 028	32 887	284 789	13 291	-
2008	753 230	477 015	218 127	31 834	1 725	-	798 950	206 633	178 517	77 031	31 834	290 999	13 936	-
Sozialversicherungssysteme														
Rentenversicherung ³⁾														
2007	242 035	219 597	3 684	14 804	26	476	243 161	75 989	78 289	-	8 843	79 223	648	171
2008	245 265	222 030	3 959	15 176	152	489	248 986	79 037	81 357	-	8 095	79 495	847	154
Krankenversicherung														
2007	152 625	5 380	137 312	1 191	559	762	154 717	78 116	49 036	-	22 667	3 795	779	324
2008	159 440	5 837	143 437	1 297	579	782	160 539	81 443	51 814	-	22 397	3 782	779	323
Pflegeversicherung														
2007	18 280	3 970	12 553	861	4	7	17 958	10 488	6 234	-	1 130	-	107	-
2008	19 079	4 176	13 090	871	3	7	19 705	11 536	6 938	-	1 126	-	104	-
Unfallversicherung ⁴⁾														
2007	11 157	6 226	2 431	182	884	151	11 487	1 317	9 227	-	41	362	534	6
2008	11 159	6 219	2 431	179	889	150	11 493	1 314	9 196	-	43	381	555	4
Arbeitslosenversicherung ⁵⁾														
2007	33 714	18 417	1 901	7 749	-	2 381	40 565	16 167	17 047	-	206	6 587	558	-
2008	34 310	16 835	1 897	6 539	-	5 447	35 927	13 378	13 958	-	174	7 716	701	-
Sondersysteme														
Alterssicherung der Landwirte														
2007	3 063	2 952	27	3	0	11	3 049	675	-	-	-	2 373	1	-
2008	3 007	2 897	29	3	0	11	3 016	684	-	-	-	2 331	2	-
Versorgungswerke														
2007	3 288	3 043	-	-	4	-	12 154	5 769	588	-	-	-	5 796	-
2008	3 385	3 135	-	-	4	-	12 517	5 941	606	-	-	-	5 970	-
Private Altersvorsorge														
2007	5	5	-	-	-	-	6 415	4 908	-	-	-	1 507	-	-
2008	50	50	-	-	-	-	9 321	6 921	-	-	-	2 400	-	-
Systeme des öffentlichen Dienstes														
Pensionen														
2007	37 060	36 821	-	-	-	-	32 625	231	-	11 167	-	18 259	1 790	1 179
2008	39 277	39 037	-	-	-	-	40 744	236	-	11 872	-	25 535	1 881	1 219
Familienzuschläge														
2007	2 920	2 891	-	-	-	-	2 920	-	-	-	-	2 243	624	53
2008	2 957	2 928	-	-	-	-	2 957	-	-	-	-	2 279	624	54
Beihilfen														
2007	11 516	4	11 398	-	-	-	11 516	-	-	11 173	-	85	34	225
2008	11 431	4	11 313	-	-	-	11 431	-	-	11 069	-	85	33	244
Arbeitgebersysteme														
Entgeltfortzahlung														
2007	26 312	26 312	-	-	-	-	26 312	-	-	26 312	-	-	-	-
2008	26 473	26 473	-	-	-	-	26 473	-	-	26 473	-	-	-	-
Betriebliche Altersversorgung														
2007	21 290	21 290	-	-	-	-	36 580	4 910	5 600	26 070	-	-	-	-
2008	21 530	21 530	-	-	-	-	37 294	5 334	5 690	26 270	-	-	-	-
Zusatzversorgung														
2007	9 710	9 202	-	1	17	-	12 496	775	8 726	-	-	578	2 417	-
2008	10 117	9 587	-	1	17	-	12 798	807	8 957	-	-	597	2 436	-
Sonstige Arbeitgeberleistungen														
2007	1 306	890	417	-	-	-	1 306	-	-	1 306	-	-	-	-
2008	1 347	925	423	-	-	-	1 347	-	-	1 347	-	-	-	-
Entschädigungssysteme														
Soziale Entschädigung ⁶⁾														
2007	2 987	1 955	759	1	1	113	2 987	-	-	-	-	2 987	-	-
2008	2 815	1 772	780	1	1	112	2 815	-	-	-	-	2 815	-	-
Lastenausgleich														
2007	53	44	-	-	-	4	53	-	-	-	-	53	0	-
2008	46	38	-	-	-	4	46	-	-	-	-	46	0	-

Fußnoten siehe am Ende der Tabelle.

8 Sozialeleistungen
8.1 Sozialbudget nach Institutionen *)

Jahr	Leistungen						Finanzierung							
	ins- gesamt ¹⁾	Sozialschutzleistungen			Sonstige Ausgaben	Verrech- nungen	ins- gesamt	Sozialbeiträge			Zuschüsse des Staates	sonstige Einnahmen	Verrech- nungen	
		Einkom- mens- leistungen	Sachlei- stungen	Beiträge des Staates				der Ver- sicherten ²⁾	der Arbeitgeber					Beiträge des Staates
									tatsächlich	unterstellt				
Mill. EUR														
Entschädigungssysteme														
Wiedergutmachung														
2007	722	674	7	-	-	-	722	-	-	-	-	722	-	-
2008	890	833	7	-	-	-	890	-	-	-	-	890	-	-
Sonstige Entschädigungen														
2007	74	43	26	-	-	-	74	-	-	-	-	74	-	-
2008	68	39	25	-	-	-	68	-	-	-	-	68	-	-
Förder- und Fürsorgesysteme														
Kindergeld und Familienleistungsausgleich														
2007	36 827	36 805	-	-	-	1	36 827	-	-	-	-	36 827	-	-
2008	36 471	36 458	-	-	-	-	36 471	-	-	-	-	36 471	-	-
Erziehungsgeld / Elterngeld														
2007	3 957	3 951	-	-	-	-	3 957	-	-	-	-	3 957	-	-
2008	5 012	5 006	-	-	-	-	5 012	-	-	-	-	5 012	-	-
Grundsicherung für Arbeitsuchende														
2007	44 972	20 886	13 626	6 765	-	-	44 972	-	-	-	-	43 027	-	1 945
2008	44 205	20 651	13 318	6 447	-	-	44 205	-	-	-	-	39 205	-	5 000
Arbeitslosenhilfe / sonst. Arbeitsförderung														
2007	428	- 3	104	227	100	-	428	-	-	-	-	427	1	-
2008	423	7	40	295	81	-	423	-	-	-	-	423	1	-
Ausbildungs- und Aufstiegsförderung ⁷⁾														
2007	1 705	1 621	-	-	-	-	1 705	-	-	-	-	1 703	3	-
2008	1 804	1 714	-	-	-	-	1 804	-	-	-	-	1 801	3	-
Sozialhilfe ⁸⁾														
2007	22 910	13 958	6 741	1 104	-	-	22 910	-	-	-	-	22 906	-	4
2008	23 238	14 293	6 793	1 024	-	-	23 238	-	-	-	-	23 234	-	4
Kinder- und Jugendhilfe ⁹⁾														
2007	20 469	-	19 254	-	-	-	20 469	-	-	-	-	20 469	-	-
2008	21 103	-	19 860	-	-	-	21 103	-	-	-	-	21 103	-	-
Wohngeld														
2007	1 012	-	935	-	-	-	1 012	-	-	-	-	1 012	-	-
2008	787	-	726	-	-	-	787	-	-	-	-	787	-	-
Steuerliche Leistungen ¹⁰⁾														
2007	35 613	35 613	-	-	-	-	35 613	-	-	-	-	35 613	-	-
2008	34 544	34 544	-	-	-	-	34 544	-	-	-	-	34 544	-	-

*) Berechnungsstand Mai 2009. – 2007 vorläufig, 2008 geschätzt.

¹⁾ Einschl. Verwaltungsausgaben.

²⁾ Sozialbeiträge der Arbeitnehmer, Selbstständigen und sonstigen Personen, einschl. Eigenbeiträge von Empfänger/-innen sozialer Leistungen.

³⁾ Rentenrückflüsse sowie Selbstbeteiligungen und Erstattungen sind jeweils auf der Einnahmen- und Ausgabenseite abgesetzt.

⁴⁾ Zuführungen zu bzw. Entnahmen aus Betriebsmitteln und Rücklagen sind abgesetzt.

⁵⁾ Ohne Darlehen, Grunderwerb sowie Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen.

⁶⁾ Ohne Erstattungen und Darlehen.

⁷⁾ Leistungen nach BAföG und AFBG, ohne Darlehen.

⁸⁾ Einschl. weiterer Leistungen der Sozialhilfeträger und sozialer Hilfen der Länder (z. B. Landesblinden- und -pflegegeld), Asylbewerberleistungsgesetz usw.

⁹⁾ Einschl. Leistungen des Bundes (z. B. nach dem Bundesjugendplan) und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, ohne Selbstbeteiligungen und Erstattungen.

¹⁰⁾ Enthalten sind auch die Beträge, die sich rein rechnerisch aus dem »Ehegatten-Splitting« des Einkommensteuerrechts ergeben.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialleistungen
 8.2 Gesetzliche Krankenversicherung
 8.2.1 Kassen und Mitglieder *)

Jahr Kassenart	Kassen ¹⁾	Mitglieder			Pflichtmitglieder ²⁾		Freiwillige Mitglieder		Rentner/-innen ³⁾	
		insgesamt	männlich	weiblich	männlich ⁴⁾	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	Anzahl	1 000								
2007	248	50 743	25 355	25 388	15 207	14 001	3 180	1 449	6 967	9 939
2008	217	51 084	25 498	25 586	15 443	14 247	3 086	1 413	6 969	9 926
2009	202	51 236	25 506	25 730	15 497	14 415	3 048	1 400	6 960	9 916
davon (2009):										
AOK	15	17 500	8 805	8 695	5 447	4 158	557	312	2 800	4 226
BKK	155	9 561	5 143	4 418	3 339	2 933	692	244	1 113	1 241
IKK	14	3 982	2 365	1 617	1 751	1 134	208	91	406	392
LKK	9	583	372	211	179	26	22	12	171	173
KBS ⁵⁾	1	1 360	738	622	266	143	52	16	420	463
EK ⁶⁾	8	18 250	8 083	10 167	4 514	6 021	1 518	725	2 051	3 421

*) Durchschnitt errechnet aus 12 Monatswerten.

¹⁾ Ohne Erstreckungskassen.

²⁾ Einschl. Studenten, ohne Rentner/-innen.

³⁾ Bei den LKKn sind auch Altenteiler und sonstige Versicherte enthalten.

⁴⁾ Einschl. Wehr- und Zivildienstleistende sowie Dienstleistende bei der Bundespolizei.

⁵⁾ Einschl. See-Krankenkasse (Fusion mit KBS zum 1.1.2008).

⁶⁾ Fusion der Ersatzkassenverbände zum 1.1.2009.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.2.2 Mitglieder nach Altersgruppen *)

Jahr Kassenart	Mitglieder ¹⁾	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
		unter 15	15 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 und mehr
	1 000	%						
2007	33 678	0,1	10,1	21,2	27,1	25,3	14,0	2,2
2008	34 056	0,1	10,1	21,4	25,9	25,8	14,3	2,3
2009	34 220	0,1	10,0	21,6	24,7	26,5	14,9	2,3
davon (2009):								
AOK	10 439	0,1	11,7	20,1	23,2	26,6	15,8	2,5
BKK	7 142	0,1	9,2	23,1	28,5	26,1	11,9	1,0
IKK	3 169	0,1	11,4	25,4	26,1	23,8	11,5	1,7
LKK	239	0,1	2,7	10,9	21,3	31,6	26,9	6,5
KBS ²⁾	475	0,0	9,2	14,0	20,8	31,9	19,7	4,5
EK ³⁾	12 756	0,2	8,8	21,4	23,5	27,0	16,2	3,0

*) Stichtag 1.7.

¹⁾ Mitglieder der allgemeinen Krankenversicherung (AKV) ohne Rentner/-innen.

²⁾ Einschl. See-Krankenkasse (Fusion mit KBS zum 1.1.2008).

³⁾ Fusion der Ersatzkassenverbände zum 1.1.2009.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.2.3 Einnahmen und Ausgaben

Jahr Kassenart	Einnahmen ¹⁾		Ausgaben ²⁾							Bei- träge	Leis- tungen	
	ins- gesamt	dar. Beiträge	ins- gesamt	Verwal- tungs- kosten	Aufwen- dungen für Leis- tungen	darunter						sonstige Aus- gaben
						Behand- lung durch Ärzte/ Ärztinnen ³⁾	Kranken- haus- behand- lung	Arznei- mittel ⁴⁾	Kranken- geld			
	Mill. EUR											EUR
2006	147 620	139 874	148 088	8 110	138 681	31 563	48 577	36 835	5 708	1 296	3 204	2 070
2007	153 567	147 474	154 022	8 180	144 433	32 643	49 133	39 316	6 017	1 409	3 354	2 137
2008	159 964	153 331	160 937	8 283	150 900	33 898	50 853	41 157	6 583	1 753	3 461	2 229
davon (2008):												
AOK	46 804	44 606	60 841	2 977	56 930	11 545	20 972	15 681	1 859	934	3 005	2 375
BKK	35 973	34 732	27 905	1 463	26 001	6 370	8 045	6 714	1 560	441	3 939	2 115
IKK	13 426	13 058	10 996	621	10 328	2 408	3 322	2 678	665	46	3 203	1 899
LKK	2 313	1 018	2 336	114	2 119	442	791	591	2	104	3 116	2 436
KBS ⁵⁾	3 551	3 445	5 442	205	5 198	909	1 985	1 312	139	38	3 632	2 533
EK Arb	4 091	3 979	3 282	138	3 105	783	932	820	198	39	3 735	2 181
EKAng	53 806	52 493	50 136	2 766	47 219	11 441	14 805	13 361	2 160	151	3 632	2 265

¹⁾ Ohne Risikostrukturausgleich und ohne Beiträge aus geringfügiger Beschäftigung.

²⁾ Ohne Risikostrukturausgleich.

³⁾ Einschl. Zahnärzten/Zahnärztinnen.

⁴⁾ Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.

⁵⁾ Einschl. See-Krankenkasse (Fusion mit KBS zum 1.1.2008).

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.2 Gesetzliche Krankenversicherung
 8.2.4 Leistungsfälle

Jahr Kassenart	Mitglieder (Pflichtmitglieder und freiwillige Mitglieder ohne Rentner/-innen und ohne Studenten)									
	Arbeitsunfähigkeitsfälle				Arbeitsunfähigkeitstage					
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1 000		je 100 Mitglieder		1 000		je 100 Mitglieder		je Arbeitsunfähigkeitsfall	
2006	14 541	13 401	79,6	87,6	189 250	169 336	1 035	1 108	13,0	12,6
2007	15 785	14 557	85,8	94,2	197 330	179 807	1 073	1 164	12,5	12,4
2008	16 894	15 608	91,4	99,7	210 561	193 955	1 136	1 239	12,5	12,4
davon (2008):										
AOK	6 299	4 779	105,1	108,5	74 156	55 954	1 237	1 270	11,8	11,7
BKK	3 767	3 198	90,5	98,3	47 124	38 895	1 133	1 196	12,5	12,2
IKK	2 170	1 407	96,1	99,6	27 513	16 159	1 219	1 143	12,7	11,5
LKK	30	9	18,8	29,4	287	107	179	364	9,5	12,3
KBS 1)	264	145	87,1	106,9	4 278	1 861	1 415	1 374	16,2	12,8
EKArb	572	409	103,1	111,0	7 099	4 772	1 281	1 295	12,4	11,7
EKAng	3 793	5 661	75,0	93,6	50 104	76 206	991	1 260	13,2	13,5

Jahr Kassenart	Mitglieder (Pflichtmitglieder einschl. Rentner/-innen und Studenten sowie freiwillige Mitglieder)									
	Krankenhausfälle		Krankenhaustage				Mutterschaftshilfefälle		Sterbegeldfälle	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	mit Familienangehörigen			
	1 000		je Krankenhausfall		1 000	je 1 000 Mitglieder	1 000	je 1 000 Mitglieder		
2006	5 897	6 310	59 285	67 156	10,1	10,6	369	7,3	-	-
2007	6 110	6 526	60 777	68 652	9,9	10,5	348	6,9	-	-
2008	6 332	6 765	61 647	69 653	9,7	10,3	367	7,2	-	-
davon (2008):										
AOK	2 547	2 688	26 421	29 294	10,4	10,9	83	4,7	-	-
BKK	1 042	940	9 878	9 467	9,5	10,1	105	10,7	-	-
IKK	469	332	4 416	3 208	9,4	9,7	39	8,7	-	-
LKK	112	76	1 147	846	10,3	11,2	0	0,6	-	-
KBS 1)	288	265	2 679	2 678	9,3	10,1	2	1,6	-	-
EKArb	141	91	1 255	827	8,9	9,1	12	10,2	-	-
EKAng	1 733	2 374	15 850	23 332	9,1	9,8	126	7,8	-	-

1) Einschl. See-Krankenkasse (Fusion mit KBS zum 1.1.2008).

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.3 Gesetzliche Unfallversicherung
 8.3.1 Versicherte, Rentenbestand, Schadensfälle und Ausgaben der Schülerunfallversicherung *)

Jahr	Versicherte	Renten am Jahresende		Anzeige auf Verdacht einer Berufskrankheit	Meldepflichtige Unfälle			Neue Unfallrenten		Tödliche Unfälle
		insgesamt	dar. an Versicherte		insgesamt	Schul- und Kindergartenunfälle	Wegeunfälle	insgesamt	dar. Unfälle in Schulen, Hochschulen und Kindergärten	
		Anzahl								
2006	17 399	16 078	15 972	221	1 404 595	1 279 771	124 824	1 411	1 021	65
2007	17 268	16 402	16 291	163	1 396 974	1 282 464	114 510	1 138	799	62
2008	17 059	16 562	16 448	112	1 450 987	1 332 424	118 563	1 044	733	76

Jahr	Ausgaben					
	insgesamt	davon				
		Renten, Beihilfen, Abfindungen	Heilbehandlung 1)	berufsfördernde Leistungen	Verfahrenskosten 2)	sonstige Leistungen
1 000 EUR						
2006	411 474	79 975	315 264	13 350	2 438	448
2007	407 738	83 177	308 361	13 239	2 484	478
2008	424 877	86 028	323 552	12 287	2 497	514

*) Unfallversicherung für Schüler/-innen und Studierende sowie für Kinder in Kindergärten.

1) Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz, Übergangsgeld und sonstige Heilbehandlungskosten.

2) Leistungen zur Rechtsverfolgung, Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigungen, Vergütung für Auszahlungen der Renten und für Beitragseinzug.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialleistungen
 8.3 Gesetzliche Unfallversicherung
 8.3.2 Versicherte und Rentenbestand *)

Jahr Träger	Versicherte	Vollarbeiter ¹⁾	Rentenbestand am Jahresende				
			insgesamt	Renten an Versicherte	Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten	Renten an sonstige Berechtigte
			Anzahl				
1 000							
2006	59 157	37 047	1 064 804	919 160	126 227	19 342	75
2007	59 929	37 633	1 046 345	904 220	123 915	18 140	70
2008	60 695	37 569	997 151	857 505	122 646	16 948	52
davon (2008):							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	46 628	31 209	795 345	678 823	102 631	13 846	45
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3 468	1 310	109 779	97 661	10 487	1 629	2
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ²⁾	10 599	5 051	92 027	81 021	9 528	1 473	5

*) Ohne Schülerunfallversicherung.

²⁾ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

¹⁾ Errechnet aufgrund der durchschnittlich im Jahr geleisteten Arbeitstage oder Arbeitsstunden.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.3.3 Schadensfälle und Entschädigungen *)

Jahr Träger	Berufskrankheit	Meldepflichtige Unfälle			Neue Unfallrenten			Tödliche Unfälle
		insgesamt	davon		insgesamt	Arbeitsunfälle	Wegeunfälle ¹⁾	
			Arbeitsunfälle	Wegeunfälle ¹⁾				
1 000		Anzahl						
2006	64	1 241	1 048	194	30 232	22 941	7 291	1 496
2007	64	1 225	1 056	170	27 598	21 315	6 283	1 333
2008	64	1 243	1 064	179	26 395	20 627	5 768	1 243
davon (2008):								
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	56	1 016	866	150	20 243	15 378	4 865	939
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3	95	92	3	3 943	3 804	139	213
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ²⁾	5	132	105	27	2 209	1 445	764	91

*) Ohne Schülerunfallversicherung.

²⁾ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

¹⁾ Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.3.4 Einnahmen, Ausgaben und Vermögen *)

Jahr Träger	Einnahmen		Ausgaben							Vermögen ³⁾	
	insgesamt	dar. Beiträge	insgesamt	Verwaltungs- und Verfahrenskosten	Aufwendungen für Leistungen	darunter			sonstige Ausgaben ²⁾		
						Renten	Heilbehandlung ¹⁾	Verletzten-geld			Unfallverhütung
Mill. EUR											
2006	14 068	12 002	13 995	1 357	9 836	5 710	2 600	516	870	2 802	18 098
2007	13 903	11 755	13 826	1 320	9 757	5 638	2 589	515	882	2 749	18 409
2008	14 723	11 800	14 657	1 381	10 533	5 566	2 696	547	948	2 743	18 360
davon (2008):											
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	11 991	10 085	11 928	1 088	8 323	4 733	2 196	469	804	2 518	16 031
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	1 544	857	1 544	107	1 335	335	269	32	56	103	1 438
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ⁴⁾	1 188	858	1 185	186	875	498	231	46	89	123	892

*) Ohne Schülerunfallversicherung.

³⁾ Bestand am Jahresende.

¹⁾ Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz und sonstige Heilbehandlungskosten.

⁴⁾ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

²⁾ Vermögensaufwendungen, rechnungsmäßiges Defizit der eigenen Unternehmen, Beitragsausfälle aus der Umlage des Vorjahres, sonstige Aufwendungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.1 Rentenanträge der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung 2009

Versicherungszweig	Ein- gegangene Anträge	Erledigte Anträge								Unerledigte Anträge am Jahresende
		insgesamt	bewilligt					abgelehnt	auf andere Weise erledigt	
			zusammen ¹⁾	Versicherten- renten	Erziehungs- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten			
1 000										
Allgemeine Rentenversicherung	1 695	1 669	1 375	986	2	323	65	231	64	239
Knappschaftliche Rentenversicherung	71	74	65	35	0	26	3	8	1	5
Insgesamt	1 766	1 743	1 440	1 020	2	349	68	238	65	244

¹⁾ Einschl. Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.2 Zugänge an Versichertenrenten 2008 nach dem Alter bei Rentenbeginn *)

Alter bei Rentenbeginn von ... bis unter ... Jahren	Allgemeine Rentenversicherung					Knapp- schaftliche Rentenver- sicherung insgesamt ¹⁾
	Versichertenrenten			darunter Renten wegen		
	Männer	Frauen	insgesamt	teilweiser Erwerbs- minderung	voller Erwerbs- minderung	
1 000						
unter 30	2	2	4	0	4	0
30 – 40	7	8	15	1	14	0
40 – 50	21	22	43	5	38	1
50 – 60	45	39	84	16	67	5
60 – 63	101	147	248	2	7	8
63 – 65	80	59	139	0	2	4
65 und mehr	159	155	314	–	–	8
Insgesamt	416	431	847	24	132	26

*) Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.3 Rentenbestand der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung
 am 1.7.2009

Versicherungszweig	Ins- gesamt ¹⁾	Versichertenrenten							Renten wegen Todes				
		zu- sammen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters			zu- sammen	davon			
			zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		Witwen- renten	Witwer- renten	Waisen- renten	Erziehungs- renten
		1 000											
Deutschland													
Allgemeine Rentenversicherung	23 739	18 378	1 510	773	737	16 867	7 243	9 625	5 362	4 483	514	355	10
Knappschaftliche Rentenversicherung	1 062	655	64	55	9	591	477	114	406	386	8	12	0
Insgesamt	24 801	19 033	1 574	828	746	17 459	7 720	9 739	5 768	4 869	522	367	10
Früheres Bundesgebiet													
Allgemeine Rentenversicherung	18 943	14 628	1 135	587	548	13 493	5 918	7 575	4 315	3 648	350	309	7
Knappschaftliche Rentenversicherung	727	427	41	37	3	386	343	43	301	288	3	9	0
Zusammen	19 670	15 054	1 175	624	551	13 879	6 261	7 618	4 616	3 936	354	319	7
Neue Länder und Berlin-Ost													
Allgemeine Rentenversicherung	4 796	3 750	376	186	190	3 375	1 324	2 050	1 046	835	164	45	2
Knappschaftliche Rentenversicherung	334	229	23	18	6	205	134	71	106	98	5	3	0
Zusammen	5 131	3 979	399	204	195	3 580	1 458	2 122	1 152	933	168	48	2

¹⁾ Ohne ruhende Renten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.4 Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge *)

Stichtag 1.7.	Allgemeine Rentenversicherung			Knappschaftliche Rentenversicherung ¹⁾		
	Versicherten- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten	Versicherten- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten
	EUR					
Früheres Bundesgebiet						
Insgesamt						
2007	679	507	157	1 204	745	180
2008	685	509	157	1 199	745	178
2009	701	520	159	1 203	750	179
Männer						
2007	933	222	.	1 263	323	.
2008	937	225	.	1 259	323	.
2009	956	230	.	1 262	323	.
Frauen						
2007	477	532	.	705	749	.
2008	482	535	.	709	750	.
2009	496	547	.	721	755	.
Neue Länder und Berlin-Ost						
Insgesamt						
2007	791	504	162	996	632	176
2008	799	508	162	1 003	636	177
2009	821	523	165	1 024	651	179
Männer						
2007	980	259	.	1 142	317	.
2008	981	263	.	1 141	322	.
2009	1 006	274	.	1 161	332	.
Frauen						
2007	664	549	.	718	646	.
2008	672	553	.	729	650	.
2009	696	572	.	753	666	.

*) Nach Abzug des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner/-innen und ab 1995 nach Abzug der Pflegeversicherungsbeiträge.

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.5 Laufende Renten der allgemeinen Rentenversicherung am 1.7.2009 nach Höhe und Art der Renten

Monatlicher Rentenzahlbetrag von ... bis unter ... EUR	Ins-gesamt	Versichertenrenten								Renten wegen Todes			
		zu-sammen	Männer	Frauen	Renten wegen vermindert-er Erwerbs-fähigkeit	Renten wegen Alters					zu-sammen ¹⁾	darunter	
						zu-sammen	darunter			Witwen- und Witwerrenten		Waisen- renten	
							Regel- altersrenten	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit	Altersrenten für Frauen				
1 000													
Früheres Bundesgebiet													
unter 50 ..	364	195	110	85	6	189	155	1	17	168	152	16	
50 – 251 ..	3 854	2 862	593	2 269	57	2 805	2 589	10	129	992	707	284	
251 – 501 ..	3 609	2 689	614	2 075	176	2 513	1 738	67	530	920	911	9	
501 – 752 ..	4 082	2 709	764	1 945	394	2 315	961	179	892	1 373	1 370	0	
752 – 1 002 ..	2 963	2 218	1 054	1 163	341	1 876	641	279	558	746	743	–	
1 002 – 1 253 ..	1 971	1 861	1 454	407	127	1 733	500	436	210	110	110	–	
1 253 und mehr ..	2 101	2 094	1 917	177	33	2 061	541	621	97	7	6	–	
Insgesamt ...	18 943	14 628	6 505	8 122	1 135	13 493	7 125	1 593	2 432	4 315	3 999	309	
Neue Länder und Berlin-Ost													
unter 50 ..	31	4	2	2	0	4	3	0	0	27	26	1	
50 – 251 ..	226	89	20	68	27	62	55	1	4	138	95	43	
251 – 501 ..	649	343	36	308	41	303	197	8	88	306	304	2	
501 – 752 ..	1 744	1 304	214	1 090	189	1 115	410	85	546	441	440	0	
752 – 1 002 ..	1 205	1 081	516	565	105	976	289	256	301	124	123	–	
1 002 – 1 253 ..	593	582	424	158	14	568	171	219	90	11	11	–	
1 253 und mehr ..	349	348	299	50	1	347	167	101	25	0	0	–	
Insgesamt ...	4 796	3 750	1 510	2 240	376	3 375	1 293	669	1 055	1 046	998	45	

¹⁾ Einschl. Erziehungsrenten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.6 Laufende Renten der knappschaftlichen Rentenversicherung am 1.7.2009 nach Höhe und Art der Renten

Monatlicher Rentenzahlbetrag von ... bis unter ... EUR	Ins-gesamt ¹⁾	Versichertenrenten								Renten wegen Todes			
		zu-sammen	Männer	Frauen	Renten wegen vermin- dert-er Erwerbs-fähigkeit		Renten wegen Alters			zu-sammen ²⁾	darunter		
					zu-sammen	dar. Renten an Bergleute	zu-sammen	darunter			Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten	
								Regel- altersrenten	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit				Altersrenten für Frauen
1 000													
Früheres Bundesgebiet													
unter 50 ..	6	3	2	0	0	0	2	2	0	0	4	3	0
50 – 251 ..	50	23	17	5	3	3	20	18	0	0	27	19	8
251 – 501 ..	67	29	20	9	4	2	25	21	1	1	38	37	1
501 – 752 ..	122	41	29	12	9	4	31	20	4	4	82	82	0
752 – 1 002 ..	148	53	43	11	8	1	45	21	10	4	94	94	–
1 002 – 1 253 ..	115	74	68	5	7	0	66	25	17	2	42	42	–
1 253 und mehr ..	219	205	200	4	9	–	196	82	49	1	15	15	–
Insgesamt ...	727	427	380	46	41	10	386	189	81	12	301	291	9
Neue Länder und Berlin-Ost													
unter 50 ..	1	1	0	0	1	1	0	0	–	–	1	1	0
50 – 251 ..	16	6	3	3	3	3	2	2	0	0	10	7	3
251 – 501 ..	25	11	3	8	2	1	8	6	0	1	15	15	0
501 – 752 ..	86	39	11	28	6	0	33	16	5	10	46	46	0
752 – 1 002 ..	87	60	33	26	8	0	52	17	15	11	28	28	–
1 002 – 1 253 ..	57	52	44	8	3	–	50	16	21	4	5	5	–
1 253 und mehr ..	61	60	57	3	0	–	60	23	22	1	1	1	–
Insgesamt ...	334	229	152	77	23	5	205	81	63	28	106	103	3

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

²⁾ Einschl. Erziehungsrenten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.7 Rentenanpassung in der allgemeinen Rentenversicherung

Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten
	%		%		%		%
Früheres Bundesgebiet							
1.1.1959	6,1	1.1.1965	9,4	1.1.1971	5,5	1.7.1976	11,0
1.1.1960	5,94	1.1.1966	8,3	1.1.1972	6,3	1.7.1977	9,9
1.1.1961	5,4	1.1.1967	8,0	1.7.1972	9,5	1.1.1979	4,5
1.1.1962	5,0	1.1.1968	8,1	1.7.1973	11,35	1.1.1980	4,0
1.1.1963	6,6	1.1.1969	8,3	1.7.1974	11,2	1.1.1981	4,0
1.1.1964	8,2	1.1.1970	6,35	1.7.1975	11,1	1.1.1982	5,76

Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾
	%		%		%		%
Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
1.7.1983	5,59	1.7.1997	1,65	1.1.1991	15,0	1.7.1999	2,79
1.7.1984	3,4	1.7.1998	0,44	1.7.1991	15,0	1.7.2000	0,6
1.7.1985	3,0	1.7.1999	1,34	1.1.1992	11,65	1.7.2001	2,11
1.7.1986	2,9	1.7.2000	0,6	1.7.1992	12,73	1.7.2002	2,89
1.7.1987	3,8	1.7.2001	1,91	1.1.1993	6,1	1.7.2003	1,19
1.7.1988	3,0	1.7.2002	2,16	1.7.1993	14,12	1.7.2004 ²⁾	-
1.7.1989	3,0	1.7.2003	1,04	1.1.1994	3,64	1.7.2005 ²⁾	-
1.7.1990	3,1	1.7.2004 ²⁾	-	1.7.1994	3,45	1.7.2006 ²⁾	-
1.7.1991	4,7	1.7.2005 ²⁾	-	1.1.1995	2,78	1.7.2007	0,54
1.7.1992	2,87	1.7.2006 ²⁾	-	1.7.1995	2,48	1.7.2008	1,1
1.7.1993	4,36	1.7.2007	0,54	1.1.1996	4,38	1.7.2009	3,38
1.7.1994	3,39	1.7.2008	1,1	1.7.1996	1,21	1.7.2010 ²⁾	-
1.7.1995	0,5	1.7.2009	2,41	1.7.1997	5,53		
1.7.1996	0,95	1.7.2010 ²⁾	-	1.7.1998	0,89		

¹⁾ Vor Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge der Rentner/-innen.
²⁾ Keine Rentenanpassung.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.8 Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt und aktueller Rentenwert in der allgemeinen Rentenversicherung

Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt	Aktueller Rentenwert ¹⁾	Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt ²⁾	Aktueller Rentenwert ¹⁾	Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt ²⁾	Aktueller Rentenwert ¹⁾
	EUR	EUR		EUR	EUR		EUR	
Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost					
1991	22 712	21,19	1991	.	10,79	2006	.	22,97
1992	23 939	21,80	1992	.	12,05 ³⁾	2007	.	23,09
1993	24 633	22,75	1992	.	13,59	2008	.	23,34
1994	25 126	23,52	1993	.	14,41 ³⁾	2009	.	24,13
1995	25 905	23,64	1993	.	16,45	2010	.	24,13
1996	26 423	23,86	1994	.	17,05 ³⁾			
1997	26 660	24,26	1994	.	17,63			
1998	27 060	24,36	1995	.	18,13 ³⁾			
1999	27 358	24,69	1995	.	18,58			
2000	27 741	24,84	1996	.	19,39 ³⁾			
2001	28 231	25,31	1996	.	19,62			
		25,31406 ³⁾	1997	.	20,71			
2002	28 626	25,86	1998	.	20,90			
2003	28 938	26,13	1999	.	21,48			
2004	29 060	26,13	2000	.	21,61			
2005	29 202	26,13	2001	.	22,06			
2006	29 494	26,13	2001	.	22,06224 ³⁾			
2007	29 951	26,27	2002	.	22,70			
2008	30 625	26,56	2003	.	22,97			
2009	30 879 ⁴⁾	27,20	2004	.	22,97			
2010	32 003 ⁴⁾	27,20	2005	.	22,97			

¹⁾ Jeweils 1.7.
²⁾ Das bei dem früheren Bundesgebiet ausgewiesene Durchschnittsentgelt gilt auch für die neuen Länder und Berlin-Ost.
³⁾ Originalwert gemäß Artikel 7 Nr. 15 des 4. Euro-Einführungsgesetzes vom 21.12.2000 (BGBl I, S. 1 983).
⁴⁾ Vorläufiges Durchschnittsentgelt i. S. des § 69 Abs. 2 Nr. 2 SGB VI.

⁵⁾ Jeweils 1.1.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn
 Umrechnungen in Euro bis 2000 durch das Statistische Bundesamt, Wiesbaden

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.9 Einnahmen, Ausgaben und Vermögen 2008

Versicherungszweig	Einnahmen					Ausgaben							Vermögen ³⁾
	insgesamt	Beiträge	Zahlungen aus öffentlichen Mitteln	Vermögenserträge	sonstige Einnahmen ¹⁾	insgesamt	Verwaltungs- und Verfahrenskosten	Aufwendungen für Leistungen	davon			sonstige Ausgaben ¹⁾	
									ausgezahlte Renten ²⁾	Leistungen zur Teilhabe	Aufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner		
Mill. EUR													
Insgesamt	263 257	180 028	67 949	770	14 510	253 367	3 575	240 804	220 838	5 074	14 892	8 987	21 829
davon:													
Allgemeine Rentenversicherung . .	248 660	179 089	61 838	759	6 975	238 770	3 461	226 810	207 814	4 948	14 047	8 498	21 159
Knappschaftl. Rentenversicherung .	14 597	939	6 112	11	7 535	14 597	114	13 994	13 024	126	845	489	669

¹⁾ Einschl. Zahlungen im Finanzverbund mit den anderen Rentenversicherungszweigen.

²⁾ Rentenleistungen an Versicherte, Witwen/Witwer (einschl. Witwen-/Witwerabfindungen sowie Zusatzleistungen) und Waisen.

³⁾ Bar- und Anlagevermögen am Jahresende (von Doppelzahlungen bereinigt).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.5 Zusatzversicherungen *)

Jahr	Versicherte	Rentenbestand		Einnahmen			Ausgaben					Vermögen ¹⁾	
		Versichertenrenten	Hinterbliebenenrenten	insgesamt	darunter		insgesamt	Verwaltungs-kosten	Aufwendungen für Leistungen	darunter			Sonstige Ausgaben
					Umlagen und Beiträge	Vermögenserträge				Versichertenrenten	Hinterbliebenenrenten		
Anzahl		Mill. EUR											
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder													
2007	1 800 323	899 031	202 903	4 886	4 249	549	4 708	68	4 246	3 735	492	394	12 856
2008	1 796 228	918 779	211 682	5 321	4 689	588	5 141	74	4 332	3 805	513	735	13 462
2009 ²⁾	1 828 077	937 749	212 793	5 725	4 917	787	5 155	81	4 408	3 871	525	666	14 379
Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (Renten-Zusatzversicherung)													
2007	49 928	80 216	51 542	618	125	1	618	11	603	431	172	4	80
2008	48 013	78 490	50 377	623	130	2	619	11	605	427	178	3	84
2009	48 102	77 058	48 877	611	130	2	606	11	592	416	176	3	91
Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost													
2007	451 609	9 124	5 489	18	0	14	65	-	58	43	15	7	371
2008	445 752	8 976	5 269	20	0	17	60	-	51	37	14	9	331
2009	442 010	9 077	4 328	16	0	12	46	-	45	32	12	1	298

*) Ohne Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen, Versorgungsanstalt Deutscher Kulturorchester, Versorgungsanstalt Deutscher Bühnen sowie ohne kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen.

¹⁾ Bestand am Jahresende.

²⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe; Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Frankfurt am Main; Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost, Stuttgart

8.6 Alterssicherung der Landwirte

Jahr	Versicherte am Jahresende			Rentenempfänger/-innen am Jahresende				Einnahmen ²⁾			Ausgaben ²⁾					
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter			insgesamt	darunter		insgesamt	darunter				
		Landwirte im Sinne des § 1 Abs. 2 ALG ¹⁾	Landwirte im Sinne des § 1 Abs. 3 ALG ¹⁾		Regelaltersrenten	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten an Witwen und Witwer		Beiträge	Bundesmittel		Regelaltersrenten	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten an Witwen und Witwer	Beitragszuschüsse, -übernahmen	Verwaltungs- u. Verfahrenskosten
Anzahl				Mill. EUR												
2007	281 429	181 588	87 349	628 908	326 155	68 685	192 770	3 006	679	2 307	2 995	1 594	338	744	89	79
2008	272 287	176 824	83 538	627 294	326 682	64 876	191 118	2 977	683	2 273	2 966	1 584	319	740	81	79
2009	264 709	172 980	80 272	624 145	325 579	61 595	189 364	2 963	677	2 267	2 942	1 575	303	741	69	80

¹⁾ Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte.

²⁾ 2009 vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.7 Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung
 8.7.1 Pflegebedürftige 2007 *)

Gegenstand der Nachweisung	Pflegebedürftige		Pflegestufe			Bisher ohne Zuordnung	Anteil an Pflegebedürftigen insgesamt
	insgesamt	dar. weiblich	I	II	III ¹⁾		
	Anzahl	%	Anzahl			%	
Pflegebedürftige zu Hause versorgt	1 537 518	63,8	903 373	487 529	146 616	–	68,4
davon:							
allein durch Angehörige ²⁾	1 033 286	61,3	638 846	308 997	85 443	–	46,0
durch ambulante Pflegedienste	504 232	68,8	264 527	178 532	61 173	–	22,4
Pflegebedürftige in Heimen	709 311 ³⁾	75,8	253 406	299 936	145 136	10 833	31,6
Insgesamt . . .	2 246 829	67,6	1 156 779	787 465	291 752	10 833	100

*) Stand zum Jahresende.

¹⁾ Einschl. Härtefälle.

²⁾ Entspricht den Empfängern/-innen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI. Empfänger/

-innen von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

³⁾ Davon erhalten 671 080 vollstationäre Dauerpflege.

8.7.2 Pflegebedürftige 2007 nach dem Alter *)

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Pflegebedürftige				Anteil an jeweiliger Bevölkerungsgruppe (Pflegequote)		
	davon		insgesamt	dar. weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	zu Hause versorgt	in Heimen					
Anzahl				%			
unter 15	62 912	252	63 164	29 214	0,6	0,6	0,5
15 – 60	219 711	33 117	252 828	122 142	0,5	0,5	0,5
60 – 65	53 356	16 177	69 533	33 629	1,6	1,7	1,6
65 – 70	104 168	35 069	139 237	68 796	2,6	2,8	2,5
70 – 75	152 245	52 277	204 522	111 801	4,8	4,8	4,9
75 – 80	218 627	84 819	303 446	190 025	10,0	8,9	10,7
80 – 85	290 773	147 965	438 738	324 972	20,0	15,6	22,2
85 – 90	268 379	178 925	447 304	359 275	37,2	27,5	40,7
90 und mehr	167 347	160 710	328 057	278 029	61,6	38,9	68,8
Insgesamt . . .	1 537 518	709 311	2 246 829	1 517 883	2,7	1,8	3,6

*) Stand zum Jahresende.

8.7.3 Zugelassene Pflegeheime

Jahr (Stichtag 15.12.)	Pflegeheime		Davon nach dem Träger des Heims			Verfügbare Plätze		Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Dauerpflege				Personal insgesamt
	insgesamt	dar. Heime mit vollstationärer Dauerpflege ¹⁾	private	freigemeinnützige	öffentliche	insgesamt	dar. Plätze für vollstationäre Dauerpflege	Pflegesatz der Pflegeklasse			Unterkunft und Verpflegung	
								I	II	III		
Anzahl								EUR pro Person und Tag				Anzahl
1999	8 859	8 073	3 092	5 017	750	645 456	621 502	38	50	65	18	440 940
2001	9 165	8 331	3 286	5 130	749	674 292	648 543	39	52	66	19	475 368
2003	9 743	8 775	3 610	5 405	728	713 195	683 941	41	55	69	19	510 857
2005	10 424	9 414	3 974	5 748	702	757 186	726 448	42	56	70	19	546 397
2007	11 029	9 919	4 322	6 072	635	799 059	765 736	43	57	71	20	573 545

¹⁾ Das Angebot der anderen Heime setzt sich aus Kurzzeit-, Tages- und/oder Nachtpflege zusammen.

8.7.4 Zugelassene ambulante Pflegedienste

Jahr (Stichtag 15.12.)	Pflegerdienste insgesamt	Davon nach dem Träger des Dienstes			Darunter Pflegedienste, die auch andere Sozialleistungen anbieten	Und zwar ¹⁾			Personal insgesamt
		private	freigemeinnützige	öffentliche		häusliche Krankenpflege o. Haushaltshilfe (SGB V)	Hilfe zur Pflege (SGB XII)	sonstige ambulante Hilfeleistungen	
1999	10 820	5 504	5 103	213	10 633	10 389	6 979	5 350	183 782
2001	10 594	5 493	4 897	204	10 463	10 247	7 281	5 272	189 567
2003	10 619	5 849	4 587	183	10 501	10 284	7 487	5 219	200 897
2005	10 977	6 327	4 457	193	10 866	10 650	5 841	4 726	214 307
2007	11 529	6 903	4 435	191	11 431	11 204	6 946	5 140	236 162

¹⁾ Mehrfachnennungen möglich.

8 Sozialeleistungen
 8.7 Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung
 8.7.5 Personal in Pflegeheimen 2007 *)

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegeheim					
	insgesamt	dar. weiblich in %	Pflege und Betreuung	soziale Betreuung	Hauswirtschaftsbereich	haustechnischer Bereich	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
staatlich anerkannte/r Altenpfleger/-in	133 927	85	129 560	1 761	240	35	2 087	244
staatlich anerkannte/r Altenpflegehelfer/-in	21 654	90	21 139	237	178	9	53	38
Krankenschwester, Krankenpfleger	61 519	90	57 908	783	163	23	2 401	241
Krankenpflegehelfer/-in	18 606	90	18 193	179	152	5	25	52
Kinderkrankenschwester, Kinderkrankenpfleger	3 996	97	3 633	108	58	5	180	12
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	2 550	81	1 994	455	31	3	42	25
Heilerziehungspflegerhelfer/-in	465	76	363	84	7	7	1	3
Heilpädagogin, Heilpädagoge	349	87	86	216	2	1	35	9
Ergotherapeut/-in	5 596	90	1 443	3 907	40	2	21	183
Physiotherapeut/in (Krankengymnast/in)	948	83	485	295	23	7	31	107
sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 624	85	2 172	713	214	50	404	71
sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	6 605	79	1 119	4 145	110	20	1 130	81
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 431	95	1 199	140	55	-	25	12
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	217	85	127	36	14	1	38	1
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	3 260	77	1 982	177	50	5	959	87
sonstiger pflegerischer Beruf	33 435	92	31 945	611	684	19	101	75
Fachhauswirtschafter/-in für ältere Menschen	3 494	90	590	54	2 749	31	47	23
sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	33 083	87	5 046	471	24 825	898	1 317	526
sonstiger Berufsabschluss	135 470	81	50 397	5 146	42 880	11 563	21 092	4 392
ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung	103 316	82	64 391	2 887	30 072	2 373	1 765	1 828
Insgesamt	573 545	85	393 772	22 405	102 547	15 057	31 754	8 010

*) Stichtag 15.12.2007.

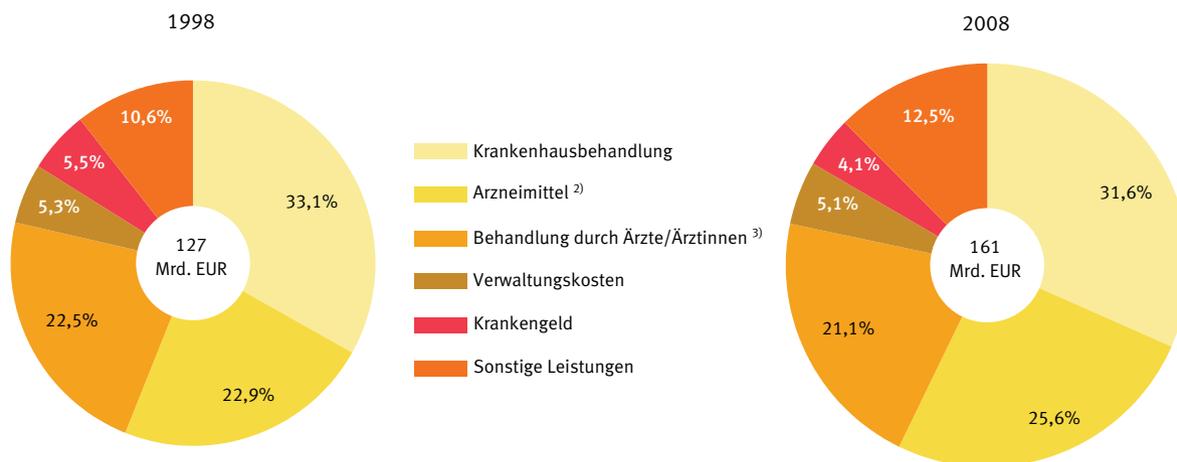
8.7.6 Personal in Pflegediensten 2007 *)

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegedienst				
	insgesamt	dar. weiblich in %	Pflegedienstleitung	Grundpflege	Hauswirtschaftliche Versorgung	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
staatlich anerkannte/r Altenpfleger/-in	44 975	87	2 939	39 810	465	701	1 060
staatlich anerkannte/r Altenpflegehelfer/-in	6 077	92	115	5 369	443	41	109
Krankenschwester, Krankenpfleger	78 184	89	10 131	62 200	834	2 005	3 014
Krankenpflegehelfer/-in	10 182	91	63	9 081	812	107	119
Kinderkrankenschwester, Kinderkrankenpfleger	7 295	98	921	5 554	97	145	578
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	859	80	17	683	69	20	70
Heilerziehungspflegerhelfer/-in	199	72	1	131	24	6	37
Heilpädagogin, Heilpädagoge	102	85	6	43	16	28	9
Ergotherapeut/-in	297	89	6	173	32	5	81
Physiotherapeut/in (Krankengymnast/in)	431	89	-	306	43	33	49
sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	2 835	92	39	1 897	390	354	155
sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	1 535	82	43	543	172	359	418
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 480	98	8	994	373	22	83
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	201	93	19	91	70	8	13
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	1 944	88	357	1 081	238	183	85
sonstiger pflegerischer Beruf	17 043	93	64	13 183	3 399	147	250
Fachhauswirtschafter/-in für ältere Menschen	1 451	97	1	544	877	13	16
sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	9 094	92	27	2 792	5 134	581	560
sonstiger Berufsabschluss	36 966	84	97	11 934	14 307	7 083	3 545
ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung	15 012	71	5	7 171	5 345	508	1 983
Insgesamt	236 162	88	14 859	163 580	33 140	12 349	12 234

*) Stichtag 15.12.2007.

8 Sozialleistungen

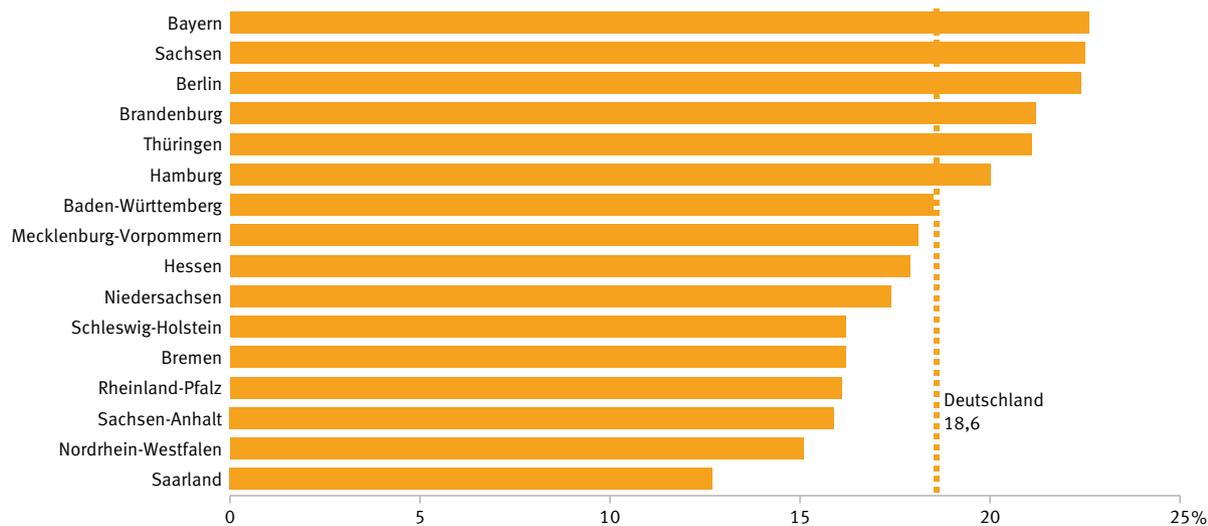
Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung ¹⁾



1) Ohne Ausgaben des Risikostrukturausgleichs. – 2) Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz. – 3) Einschl. Zahnärzten/Zahnärztinnen.

Elterngeld 2009

Anteil der Väter, die Elterngeld bezogen haben ¹⁾



1) Für im Jahr 2009 gemeldete beendete Leistungsbezüge.

8 Sozialleistungen
8.8 Soziale Pflegeversicherung *)

Jahr	Ver-sicherte am 1.10.	Leistungsempfänger/-innen am Jahresende ¹⁾						Einnahmen		Ausgaben						Verwal-tungs- u. sonstige Ausgaben
		ins-gesamt	Pflegestufe			ambu-lant ²⁾ ³⁾	voll-stationär	ins-gesamt	dar. Beitrags-ein-nahmen	ins-gesamt	Leistungsausgaben					
			I	II	III (einschl. Härtefälle)						zu-sammen	Pflege-geld	Pflege-sach-leistung	voll-stationäre Pflege ⁴⁾	übrige Leistungs-ausgaben	
2007	70 371	2 029	1 078	693	258	1 358	671	18 035	17 872	18 388	17 476	4 050	2 475	8 831	2 120	910
2008	70 241	2 113	1 137	713	264	1 433	681	19 785	19 608	19 163	18 219	4 225	2 605	9 054	2 335	944
2009	70 026	2 243	1 223	744	276	1 541	702	21 314	21 189	20 327	19 328	4 467	2 754	9 287	2 820	999

*) Ohne private Pflegeversicherung. ³⁾ Einschl. teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege.
¹⁾ Für 2009 vorläufige Angaben. ⁴⁾ Ohne vollstationäre Pflege in Behindertenheimen.
²⁾ Anstieg 2007, 2008 und 2009 infolge verbesserter Erfassung überzeichnet. Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.9 Arbeitsförderung und Grundsicherung für Arbeitsuchende
8.9.1 Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen

Jahresdurchschnitt	Arbeitsförderung nach SGB III									Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II					
	Arbeitslosengeld			Arbeitslosengeld bei Weiterbildung			Kurzarbeitergeld			Arbeitslosengeld II ¹⁾			Sozialgeld ¹⁾		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
	1 000														
Deutschland															
2007	1 080	576	504	52	26	26	68	58	11	5 277	2 600	2 676	1 963	1 008	956
2008	916	494	422	52	27	25	102	84	17	5 010	2 434	2 576	1 897	974	923
2009	1 141	681	460	74	43	31	1 143	899	243	4 908	2 403	2 505	1 817	932	885
Früheres Bundesgebiet ²⁾															
2007	769	406	363	38	19	18	52	44	8	3 394	1 643	1 751	1 402	719	683
2008	647	346	302	38	20	18	80	67	13	3 240	1 542	1 698	1 352	694	659
2009	843	502	341	54	32	23	980	773	206	3 224	1 548	1 675	1 301	667	634
Neue Länder															
2007	311	169	142	14	7	7	16	14	3	1 883	958	925	562	289	273
2008	269	149	121	14	7	6	22	18	4	1 770	892	878	545	280	265
2009	298	179	119	20	12	8	152	117	35	1 684	854	830	517	265	252

¹⁾ Hochgerechnete Zahlen für das Bundesgebiet, 2007 und 2008 revidierte Werte - teilweise geschätzt.
²⁾ Ohne Angaben für Berlin. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8.9.2 Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit

Jahr	Einnahmen		Ausgaben										Mittel des Bundes				
	ins-gesamt	dar. Beiträge	ins-gesamt	Leistungen der aktiven Arbeitsförderung			Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers ¹⁾			sonstige Ausgaben zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesagentur einschl. Verwaltungsaufwendungen							
				zu-sammen	darunter		zu-sammen	darunter		zu-sammen	davon		Ein-nahmen	Ausgaben für Leistungen nach . . .			
					zur Förderung der Teil-habe (schwer-behinderter Menschen ²⁾)	Leistungen bei konjunk-tureller Kurzarbeit		Einglie-derungs-titel	Arbeits-losen-geld ³⁾		Insolvenz-geld	Einzugs-stellen-ver-gütung		Verwaltungs-ausgaben für . . .		SGB III insgesamt	SGB II, Arbeitslosengeld II und Sozialgeld
														SGB III ⁴⁾	SGB II ⁵⁾		
Mill. EUR																	
2007	42 838	32 264	36 196	10 424	2 291	80	2 507	19 765	16 934	697	6 007	481	3 415	2 112	2	6 732	19 831
2008	38 289	26 452	39 407 ⁶⁾	10 741	2 419	111	2 889	19 692	13 864	654	6 474	482	4 013	1 979	4	7 866	18 897
2009	34 254	22 046	48 057	16 812	2 517	4 574	3 631	23 946	17 291	1 617	7 300	465	4 932	1 902	22	7 766	19 540

¹⁾ Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung sowie Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag. ⁵⁾ Ab 2009 Ausgaben für Personal und überörtliche Aufgaben SGB II.
²⁾ Am Arbeitsleben. ⁶⁾ Einschl. 2,5 Mrd. Euro (Einmaleffekt durch die Zuführung zum Versorgungsfonds, aus dem die künftigen Beamtenpensionen bezahlt werden sollen).
³⁾ Bei Arbeitslosigkeit/Erstattungen an ausländische Versicherungsträger.
⁴⁾ Ab 2009 einschl. Dienstleistungen für SGB II.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8 Sozialeleistungen
8.10 Kindergeld *)

Jahr	Berechtigte ¹⁾			Kinder, für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde ¹⁾						Aus- gezahlte Beträge
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt ²⁾	davon waren					
					1.	2.	3.	4.	5. und weitere	
					Kinder					
1 000										Mill. EUR
2008	8 951	7 874	1 077	14 767	8 913	4 349	1 115	274	116	28 886
2009	8 866	7 794	1 072	14 603	8 824	4 288	1 106	270	115	31 743

*) Ohne Angaben für Bedienstete von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv.
1) Stand: Dezember.

2) In den Summen können sich Abweichungen durch Rundungen ergeben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8.11 Elterngeld für im Jahr 2009 gemeldete beendete Leistungsbezüge

Land	Beendete Leistungs- bezüge ¹⁾	Davon (Sp.1)			Und zwar (Sp.1) Grundlage der Berechnung des zustehenden Monatsbetrags (§ 2 BEEG) ²⁾				Davon (Sp. 1) Bezugsdauer des Elterngeldes		
		von Vätern		von Müttern	Ersatz von Erwerbs- einkommen (Abs. 1)	Gering- verdienst- zuschlag (Abs. 2)	Reduzierung des Einkommens (Abs. 3)	Mindest- betrag (Abs. 5)	bis zu 6 Monaten	7 bis 12 Monate	13 bis 14 Monate
		zusammen	Anteil in %								
Baden-Württemberg	108 199	20 004	18,5	88 195	46 185	22 837	5 264	43 502	19 996	86 298	1 905
Bayern	131 764	29 745	22,6	102 019	61 150	27 552	6 087	47 950	29 384	99 504	2 876
Berlin	39 463	8 824	22,4	30 639	14 942	7 648	1 795	18 146	8 820	29 909	734
Brandenburg	23 413	4 962	21,2	18 451	9 367	6 123	845	8 722	4 906	17 876	631
Bremen	6 398	1 038	16,2	5 360	1 971	1 311	208	3 420	957	5 331	110
Hamburg	19 876	3 978	20,0	15 898	8 918	3 635	856	8 008	3 889	15 498	489
Hessen	60 818	10 892	17,9	49 926	24 664	11 901	2 266	26 255	10 759	49 066	993
Mecklenburg-Vorpommern	15 124	2 737	18,1	12 387	4 811	4 255	447	6 540	2 626	12 021	477
Niedersachsen	74 964	13 040	17,4	61 924	26 622	17 332	2 827	34 173	12 557	61 158	1 249
Nordrhein-Westfalen	166 659	25 190	15,1	141 469	57 602	28 187	4 929	82 324	23 821	140 063	2 775
Rheinland-Pfalz	37 198	5 994	16,1	31 204	13 377	8 323	1 267	17 103	6 090	30 466	642
Saarland	7 262	924	12,7	6 338	2 466	1 574	307	3 353	856	6 281	125
Sachsen	43 070	9 675	22,5	33 395	16 051	12 599	1 410	16 153	9 474	32 454	1 142
Sachsen-Anhalt	19 714	3 136	15,9	16 578	6 177	5 761	513	8 729	2 806	16 368	540
Schleswig-Holstein	25 807	4 170	16,2	21 637	9 719	6 972	1 010	10 866	3 954	21 378	475
Thüringen	21 213	4 484	21,1	16 729	7 587	6 381	547	8 245	4 413	16 132	668
Deutschland	800 942	148 793	18,6	652 149	311 609	172 391	30 578	343 489	145 308	639 803	15 831
Nachrichtlich:											
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	638 945	114 975	18,0	523 970	252 674	129 624	25 021	276 954	112 263	515 043	11 639
Neue Länder ohne Berlin	122 534	24 994	20,4	97 540	43 993	35 119	3 762	48 389	24 225	94 851	3 458

1) Januar 2009 bis Dezember 2009.

2) Mehrfachnennungen möglich. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

8 Sozialleistungen
 8.12 Kriegsofferversorgung
 8.12.1 Anerkannte Versorgungsberechtigte

Stichtag 1.1.	Insgesamt ¹⁾	Beschädigte			Witwen und Witwer	Halbwaisen	Vollwaisen	Elternteile	Elternpaare ⁴⁾
		zusammen	Leicht-beschädigte ²⁾	Schwer-beschädigte ³⁾					
	1 000								
2008	423	201	112	89	211	4	6	0	0
2009	378	181	102	80	186	4	6	0	0
2010	343	169	98	71	163	4	6	0	0

¹⁾ Personen mit Anspruch auf laufende Versorgungsbezüge (Renten, Beihilfen, Härtausgleich), einschl. der Fälle, in denen das Recht auf Versorgung ganz oder teilweise ruht.
²⁾ Beschädigte mit einem Grad der Behinderung bis unter 50.

³⁾ Beschädigte mit einem Grad der Behinderung von 50 und mehr.
⁴⁾ Zahl der Personen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.12.2 Ausgaben

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Verwaltung	Leistungen für Versorgungsberechtigte							nach anderen Gesetzen ²⁾
			zusammen	nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)						
				Renten an				Heilbehandlung	sonstiges	
				Beschädigte	Witwen und Witwer	Waisen	Eltern			
Mill. EUR										
2007	2 340	125	2 215	907	836	24	0	272	32	142
2008	2 145	115	2 030	896	668	21	0	254	36	155
2009 ³⁾	1 940	104	1 836	799	594	20	0	237	34	152

¹⁾ Ohne Kriegsopferfürsorge.

²⁾ Häftlingshilfegesetz, Soldatenversorgungsgesetz, Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer und Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten.

³⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.13 Kriegsopferfürsorge ^{*})

Jahr	Hilfeart nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)										
	insgesamt	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Altenhilfe	Erziehungsbeihilfe	ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Erholungshilfe	Wohnungshilfe	Hilfen in besonderen Lebenslagen

Empfänger und Empfängerinnen laufender Leistungen am Jahresende ¹⁾

2004	76 055	1 351	-	24 704	2 122	4 879	235	9 759	-	-	33 005
2006	59 849	347	-	20 532	1 289	4 557	180	6 202	-	-	26 742
2008	46 256	966	-	17 867	970	2 078	76	3 976	-	-	20 323

Empfänger und Empfängerinnen einmaliger Leistungen im Laufe des Jahres ¹⁾

2004	68 743	258	1 426	1 522	347	35 452	122	12 181	13 698	622	3 115
2006	40 694	170	1 151	3 015	407	20 080	49	2 999	8 856	534	3 433
2008	27 563	215	850	1 984	354	13 586	68	1 610	6 300	461	2 135

Ausgaben in 1 000 EUR ²⁾

2004	588 102	6 333	421	348 654	3 795	6 682	531	28 073	14 696	2 068	176 848
2006	530 736	4 408	314	295 057	2 876	5 638	672	27 819	9 950	1 727	182 276
2008	472 010	6 039	272	279 561	2 467	4 129	366	19 871	7 828	1 575	149 902

^{*}) Leistungen für Berechtigte im In- und Ausland.

¹⁾ Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

²⁾ Den Ausgaben stehen 2004 Einnahmen in Höhe von 178 Mill. Euro, 2006 von 175 Mill. Euro und 2008 von 144 Mill. Euro gegenüber.

8 Sozialleistungen
 8.14 Sozialhilfe
 8.14.1 Empfänger und Empfängerinnen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren	Empfänger/Empfängerinnen			Deutsche			Nichtdeutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt									
1 000									
2006	306	150	156	288	141	148	18	9	9
2007	312	156	156	295	147	148	17	9	8
2008	325	165	160	307	155	152	18	9	8
außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2008									
1 000									
unter 15	16	8	8	14	7	7	2	1	1
15 – 65	74	39	34	65	35	30	9	4	5
65 und mehr	3	1	2	3	1	1	0	0	0
Zusammen	92	48	44	81	43	38	11	6	6
in Einrichtungen am 31.12.2008									
1 000									
unter 15	5	3	2	5	3	2	0	0	0
15 – 65	147	88	58	142	86	57	4	3	1
65 und mehr	81	25	56	79	24	55	2	1	1
Zusammen	233	116	117	226	112	114	6	4	3

8.14.2 Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren Ort der Hilfestellung	Empfänger/Empfängerinnen			Deutsche			Nichtdeutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt									
1 000									
2006 ¹⁾	672	290	382	576	248	328	96	42	54
2007	733	319	414	629	275	354	103	44	59
2008	768	338	429	659	292	367	108	46	62
Grundsicherung bei Erwerbsminderung am 31.12.2008									
1 000									
18 – 65	358	200	158	332	187	145	26	13	13
davon:									
außerhalb von Einrichtungen	235	127	107	212	116	96	23	11	12
in Einrichtungen	123	72	51	120	70	49	3	2	1
Grundsicherung im Alter am 31.12.2008									
1 000									
65 und mehr	410	139	271	327	105	222	82	33	49
davon:									
außerhalb von Einrichtungen	347	119	228	266	86	180	81	32	48
in Einrichtungen	63	20	43	61	19	42	2	1	1
Anteil an der Bevölkerung in %²⁾									
18 – 65	0,7	0,8	0,6	0,7	0,8	0,6	0,5	0,5	0,5
65 und mehr	2,5	2,0	2,8	2,0	1,6	2,4	12,9	9,7	16,6
Zusammen	1,1	1,0	1,2	1,1	1,0	1,1	1,8	1,5	2,1

¹⁾ Ohne Angaben für Bremen. – Aufgrund von Software-Problemen konnte Bremen keine differenzierten Daten liefern. Mit den von Bremen gelieferten Eckdaten steigt die Anzahl der Empfänger/-innen insgesamt auf rund 682 000.

²⁾ Anteil an der entsprechenden Altersgruppe; Bevölkerungsstand am 31.12.2008.

8 Sozialleistungen
 8.14 Sozialhilfe
 8.14.3 Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII) 2008 *)

Hilfeart	Empfänger/Empfängerinnen			Außerhalb von Einrichtungen			In Einrichtungen		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	1 000								
Insgesamt ¹⁾	1191	602	589	467	249	217	786	388	398
und zwar:									
Hilfen zur Gesundheit (5. Kapitel SGB XII) ²⁾	36	17	19	27	13	14	10	5	5
nachrichtlich:									
Anspruchsberechtigte nach § 264 SGB V ³⁾	115	59	57	X	X	X	X	X	X
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII) ¹⁾	713	428	284	281	169	113	480	289	191
und zwar Leistungen:									
zur medizinischen Rehabilitation	14	9	5	10	6	3	4	3	1
zur Teilhabe am Arbeitsleben	8	5	4	1	1	1	7	4	3
in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen	243	143	100	X	X	X	243	143	100
zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	475	285	190	230	137	93	264	159	105
und zwar:									
Heilpädagogische Leistungen für Kinder	131	87	44	92	61	31	44	29	15
Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten	21	12	9	2	1	1	19	11	8
Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten	296	172	123	111	62	49	189	113	76
und zwar in:									
einer eigenen Wohnung (ambulant betreut)	98	54	44	98	54	44	X	X	X
einer Wohngemeinschaft (ambulant betreut)	14	9	5	14	9	5	X	X	X
einer Wohn Einrichtung	189	113	76	X	X	X	189	113	76
Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben	82	46	36	22	11	11	61	35	25
Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung	64	40	24	23	14	8	43	27	16
Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII) ¹⁾	397	128	269	110	43	68	291	87	204
und zwar Pflegegeld:									
bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	26	10	16	26	10	16	X	X	X
bei schwerer Pflegebedürftigkeit	15	5	10	15	5	10	X	X	X
bei schwerster Pflegebedürftigkeit	6	3	4	6	3	4	X	X	X
angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	11	4	7	11	4	7	X	X	X
angemessene Beihilfen	19	7	12	19	7	12	X	X	X
Kostenübernahme für Heranziehung einer bes. Pflegekraft	57	22	35	57	22	35	X	X	X
Hilfsmittel	9	3	6	9	3	6	X	X	X
Teilstationäre Pflege und Kurzzeitpflege	8	3	5	X	X	X	8	3	5
Vollstationäre Pflege	285	85	200	X	X	X	285	85	200
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen (8. und 9. Kapitel SGB XII)	85	46	39	65	33	33	21	14	7

*) Empfänger/-innen von Leistungen im Laufe des Jahres.

¹⁾ Mehrfachzahlungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

²⁾ Unmittelbar vom Sozialamt erbrachte Leistungen.

³⁾ Bei Bedarf Hilfen zur Gesundheit mittelbar über die Krankenkassen; diese Personen werden beim Insgesamt-Ergebnis nicht als Empfänger/-innen gezählt.

8.14.4 Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe

Jahr	Ausgaben (brutto)							Einnahmen	Reine Ausgaben (netto)	
	insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII)			insgesamt		je Einwohner ²⁾	
				Hilfen zur Gesundheit ¹⁾	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	Hilfe zur Pflege				Hilfen zur Überwindung bes. sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen
Mill. EUR									EUR	
2006	20 483	1 065	3 158	946	11 804	3 120	390	2 373	18 110	219,87
2007	21 128	1 088	3 558	949	11 914	3 217	402	2 290	18 838	229,00
2008	21 955	1 138	3 788	892	12 454	3 262	421	2 200	19 755	240,57
davon (2008) ²⁾ :										
Außerhalb von Einrichtungen	5 704	546	2 748	X	1 515	685	210	268	5 436	66,20
In Einrichtungen	15 359	592	1 040	X	10 939	2 577	210	1 896	13 463	163,94

¹⁾ Einschl. der Erstattungen an Krankenkassen für Leistungen nach § 264 SGB V.

²⁾ Bevölkerungsstand: Durchschnitt des jeweiligen Jahres.

³⁾ Ohne Hilfen zur Gesundheit, da eine Aufteilung nach dem Ort der Hilfgewährung nicht möglich ist.

8 Sozialeleistungen
 8.15 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
 8.15.1 Empfänger und Empfängerinnen von Regelleistungen

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männer	Frauen	Stichtag 31.12.2008 Staatsangehörigkeit	Insgesamt		Männer	Frauen
	Anzahl	%	Anzahl			Anzahl	%	Anzahl	
2007	153 300	100	89 075	64 225	Europa	46 272	36,2	23 787	22 485
2008 ¹⁾	127 865	100	75 117	52 748	darunter:				
davon (2008):					Serbien und Montenegro	26 348	20,6	13 049	13 299
unter 7	16 037	12,5	8 314	7 723	Türkei	9 209	7,2	5 229	3 980
7 – 11	9 787	7,7	5 095	4 692	Russische Föderation	4 779	3,7	2 473	2 306
11 – 15	9 876	7,7	5 159	4 717	Asien	54 070	42,3	33 994	20 076
15 – 18	7 867	6,2	4 315	3 552	Afrika	15 425	12,1	10 146	5 279
18 – 21	7 996	6,3	5 056	2 940	Amerika	354	0,3	183	171
21 – 25	10 649	8,3	7 360	3 289	Übrige Staaten, staatenlos	1 019	0,8	560	459
25 – 30	13 577	10,6	9 138	4 439	Unbekannt	10 725	8,4	6 447	4 278
30 – 40	24 757	19,4	15 515	9 242					
40 – 50	15 697	12,3	9 501	6 196					
50 – 60	6 683	5,2	3 680	3 003					
60 – 65	1 609	1,3	713	896					
65 und mehr	3 330	2,6	1 271	2 059					
Durchschnittsalter in Jahren	26,9	X	27,0	26,8					

8.15.2 Ausgaben und Einnahmen

Jahr Art der Unterbringung	Ausgaben (brutto)					Einnahmen	Reine Ausgaben (netto)	
	insgesamt	Regelleistungen			besondere Leistungen		insgesamt	je Einwohner ²⁾
		insgesamt	Grundleistungen	Hilfe zum Lebensunterhalt				
	Mill. EUR							
2005	1 252	915	691	224	337	28	1 223	14,83
2006	1 165	851	597	254	314	22	1 144	13,88
2007	1 032	753	489	264	279	25	1 007	12,24
2008	842	605	395	209	238	29	814	9,91
davon (2008):								
Außerhalb von Einrichtungen	605	447	253	194	158	23	582	7,08
In Einrichtungen	238	158	142	16	80	6	232	2,83

¹⁾ Neben diesen Regelleistungen wurden zum Jahresende 2008 noch in 39 467 Fällen besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt) gewährt.

²⁾ Bevölkerungsstand: jeweils Jahresdurchschnitt.

8.16 Mindestsicherungsquote nach Ländern *)

Land	2006	2007 ¹⁾	2008
	%		
Baden-Württemberg	5,7	5,4	5,1
Bayern	5,3	5,0	4,7
Berlin	20,0	19,9	19,3
Brandenburg	14,6	14,0	13,1
Bremen	17,5	17,0	16,3
Hamburg	13,8	13,6	13,1
Hessen	9,0	8,8	8,5
Mecklenburg-Vorpommern	17,8	16,8	15,5
Niedersachsen	10,3	10,0	9,6
Nordrhein-Westfalen	10,8	10,7	10,3
Rheinland-Pfalz	7,5	7,2	7,0
Saarland	9,8	9,6	9,1
Sachsen	14,1	13,6	12,7
Sachsen-Anhalt	16,7	16,3	15,4
Schleswig-Holstein	10,4	10,1	9,7
Thüringen	12,7	12,2	11,1
Deutschland	10,1	9,8	9,3
Nachrichtlich:			
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	8,6	8,4	8,0
Neue Länder einschl. Berlin	16,0	15,5	14,6

*) Die Mindestsicherungsquote gibt die Empfänger/-innen von verschiedenen Leistungen nach dem SGB als Anteil an der Gesamtbevölkerung wieder. – Nähere Informationen hierzu siehe »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

¹⁾ Da die Kriegsopferfürsorge nur alle zwei Jahre erhoben wird, enthält die Mindestsicherungsquote 2007 die Ergebnisse der Kriegsopferfürsorge aus 2006.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit und Statistische Ämter des Bundes und der Länder

8 Sozialeleistungen
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe
 8.17.1 Hilfe zur Erziehung gemäß § 27 SGB VIII *)

Gegenstand der Nachweisung	Begonnene Hilfen				Hilfen am 31.12.				Beendete Hilfen	
	insgesamt	davon			insgesamt	davon			insgesamt	durchschnittliche Dauer in Monaten
		vorrangig ambulant/teilstationär	vorrangig stationär	ergänzende bzw. sonstige Hilfe		vorrangig ambulant/teilstationär	vorrangig stationär	ergänzende bzw. sonstige Hilfe		
2008	25 124	15 931	1 898	7 295	31 930	20 809	2 370	8 751	17 333	13
2008 nach dem Geschlecht										
Männlich	14 153	9 021	1 076	4 056	18 441	12 061	1 375	5 005	9 868	14
Weiblich	10 971	6 910	822	3 239	13 489	8 748	995	3 746	7 465	12
2008 nach dem Alter										
Alter von . . . bis unter . . . Jahren										
unter 1	1 565	989	57	519	817	538	23	256	583	4
1 – 3	1 980	1 234	97	649	2 249	1 488	86	675	1 217	7
3 – 6	3 015	1 886	151	978	3 745	2 454	164	1 127	1 916	9
6 – 9	4 578	2 844	433	1 301	5 377	3 447	471	1 459	2 342	11
9 – 12	4 615	2 985	368	1 262	6 711	4 396	609	1 706	3 039	16
12 – 15	4 359	2 946	265	1 148	5 820	3 986	349	1 485	3 196	15
15 – 18	3 800	2 398	353	1 049	5 075	3 373	418	1 284	3 391	14
unter 18	23 912	15 282	1 724	6 906	29 794	19 682	2 120	7 992	15 684	13
Hilfe für junge Volljährige										
18 – 21	1 040	547	159	334	1 754	933	211	610	1 383	15
21 – 27	172	102	15	55	382	194	39	149	266	25
2008 nach dem Migrationshintergrund										
und zwar:										
mit ausländischer Herkunft										
mindestens eines Elternteils	7 719	4 820	550	2 349	10 210	6 392	684	3 134	4 807	14
in der Familie wird vorrangig										
nicht deutsch gesprochen . . .	4 074	2 403	325	1 346	5 723	3 409	438	1 876	2 452	14

*) Ohne Verbindung zu Hilfen gemäß §§ 28-35 SGB VIII.

8.17.2 Erziehungsberatung

Gegenstand der Nachweisung	Begonnene Beratungen				Beratungen am 31.12.			Beendete Beratungen	
	insgesamt	Beratung/Therapie setzt an			insgesamt	Art des Trägers		insgesamt	durchschnittliche Dauer der Beratung in Monaten
		vorrangig mit der Familie (Eltern und Kind)	vorrangig mit den Eltern (zusammen oder einzeln)	vorrangig mit dem jungen Menschen		öffentliche Träger	freie Träger		
2008	307 494	128 749	140 100	38 645	132 913	48 762	84 151	308 935	5
2008 nach dem Geschlecht									
Männlich	170 827	74 298	79 912	16 617	74 627	27 897	46 730	172 297	5
Weiblich	136 667	54 451	60 188	22 028	58 286	20 865	37 421	136 638	5
2008 nach dem Alter									
Alter von . . . bis unter . . . Jahren									
unter 1	5 083	1 782	3 151	150	1 289	431	858	3 109	2
1 – 3	14 637	4 509	9 910	218	5 012	1 721	3 291	12 072	3
3 – 6	46 835	17 181	28 127	1 527	17 229	6 081	11 148	41 874	4
6 – 9	65 607	30 134	31 377	4 096	28 143	10 762	17 381	62 730	5
9 – 12	61 173	29 786	25 750	5 637	30 133	11 456	18 677	64 717	5
12 – 15	51 959	24 627	20 802	6 530	23 905	8 901	15 004	53 267	5
15 – 18	42 388	16 665	15 322	10 401	17 879	6 513	11 366	46 578	5
unter 18	287 682	124 684	134 439	28 559	123 590	45 865	77 725	284 347	5
Hilfe für junge Volljährige									
18 – 21	15 028	3 321	4 452	7 255	6 881	2 192	4 689	18 472	6
21 – 27	4 784	744	1 209	2 831	2 442	705	1 737	6 116	7
2008 nach dem Migrationshintergrund									
und zwar:									
mit ausländischer Herkunft									
mindestens eines Elternteils	63 278	27 789	27 674	7 815	27 965	11 980	15 985	62 396	5
in der Familie wird vorrangig									
nicht deutsch gesprochen . . .	26 122	12 181	10 135	3 806	11 365	5 155	6 210	26 183	5

8 Soziale Leistungen
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe
 8.17.3 Betreuung einzelner junger Menschen

Gegenstand der Nachweisung	Soziale Gruppenarbeit			Unterstützung durch Erziehungsbeistand			Unterstützung durch Betreuungshelfer/-innen		
	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe
2007	7 813	7 336	6 668	15 281	16 160	12 489	5 161	4 142	4 333
2008	8 015	7 490	7 631	16 478	17 746	14 710	5 993	5 534	4 769
2008 nach dem Geschlecht									
Männlich	5 956	5 152	5 669	9 884	11 131	8 783	3 900	3 616	3 177
Weiblich	2 059	2 338	1 962	6 594	6 615	5 927	2 093	1 918	1 592
2008 nach dem Alter									
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 15	4 951	6 096	3 962	8 356	8 702	5 039	1 562	1 623	766
15 – 18	1 923	1 067	2 304	5 938	6 796	5 897	2 128	1 953	1 531
18 – 21	994	273	1 156	2 142	2 129	3 568	2 177	1 804	2 110
21 und mehr	147	54	209	42	119	206	126	154	362
2008 nach dem Migrationshintergrund									
und zwar:									
mit ausländischer Herkunft									
mindestens eines Elternteils ...	2 888	2 728	2 734	3 580	4 014	2 937	1 735	1 687	1 278
in der Familie wird vorrangig									
nicht deutsch gesprochen ...	1 713	1 705	1 693	1 698	2 011	1 471	1 026	1 015	762
2008 nach dem Träger der Betreuung									
Öffentliche Träger	1 697	1 318	1 694	2 791	3 374	2 719	1 059	923	1 018
Freie Träger	6 318	6 172	5 937	13 687	14 372	11 991	4 934	4 611	3 751

8.17.4 Sozialpädagogische Familienhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Familien mit begonnener Hilfe		Familien am 31.12. mit andauernder Hilfe		Familien mit beendeter Hilfe	
	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹⁾	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹⁾	insgesamt	durchschnittliche Dauer in Monaten
2007	31 689	20 990	41 585	28 380	22 085	15
2008	39 196	26 085	52 280	35 782	28 884	14
2008 nach der Familiensituation						
Familien insgesamt	39 196	26 085	52 280	35 782	28 884	14
davon mit:						
1 Kind	16 787	11 557	19 978	13 975	12 358	13
2 Kindern	11 632	7 299	15 707	10 280	8 595	15
3 Kindern	6 490	4 206	9 507	6 327	4 706	16
4 und mehr Kindern	4 287	3 023	7 088	5 200	3 225	18
Zahl der Kinder in den Familien insgesamt	79 353	52 916	113 181	78 154	58 579	X
und zwar (Familien insgesamt):						
mit ausländischer Herkunft						
mindestens eines Elternteils	10 460	.	14 049	.	7 036	14
in der Familie wird vorrangig						
nicht deutsch gesprochen	4 382	.	6 280	.	3 465	15
davon (Familien insgesamt):						
Hilfe wird durchgeführt						
in der Herkunftsfamilie	38 195	25 445	50 959	34 906	28 066	14
davon:						
Eltern leben zusammen	12 689	6 686	17 224	9 481	8 768	14
Zahl der Kinder in diesen Familien	28 400	15 212	41 303	23 320	19 688	.
Elternteil lebt alleine	19 919	15 352	26 434	20 699	14 673	15
Zahl der Kinder in diesen Familien	37 406	29 300	52 932	42 213	27 741	.
Elternteil lebt mit neuem/-r Partner/-in						
zusammen	5 587	3 407	7 301	4 726	4 625	14
Zahl der Kinder in diesen Familien	11 917	7 371	16 697	11 120	9 766	.
in einer Verwandtenfamilie	582	382	787	531	490	13
Zahl der Kinder in diesen Familien	915	591	1 328	899	826	.
in einer nicht verwandten Familie	419	258	534	345	328	13
Zahl der Kinder in diesen Familien	715	442	921	602	558	.

¹⁾ Die Familie lebt teilweise oder ganz von Arbeitslosengeld II (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Sozialhilfe (SGB XII).

8 Sozialeleistungen
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe
 8.17.5 Teil-/stationäre Hilfen zur Erziehung

Gegenstand der Nachweisung	Hilfen		Erziehung in einer Tagesgruppe	Vollzeitpflege			Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform			Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
	insgesamt	je 10 000 junge Menschen		zusammen	davon		zusammen	darunter		
					Fremdpflege	Verwandtenpflege		in einer Einrichtung	in der Wohnung des jungen Menschen	
Begonnene Hilfen 2008										
Insgesamt	59 088	26,1	9 356	14 423	11 360	3 063	32 198	30 404	1 623	3 111
davon:										
Männlich	32 910	28,4	6 828	7 169	5 646	1 523	17 144	16 300	727	1 769
Weiblich	26 178	23,7	2 528	7 254	5 714	1 540	15 054	14 104	896	1 342
Alter von . . . bis unter . . . Jahren										
unter 3	6 049	29,5	305	4 395	3 846	549	1 349	1 332	–	–
3 – 6	4 607	21,7	330	2 719	2 185	534	1 558	1 552	–	–
6 – 9	7 823	34,6	3 133	2 113	1 620	493	2 577	2 575	–	–
9 – 12	9 179	38,3	3 552	1 607	1 156	451	3 841	3 837	–	179
12 – 15	11 639	48,9	1 700	1 650	1 124	526	7 682	7 626	6	607
15 – 18	15 658	59,8	336	1 535	1 113	422	12 306	11 386	840	1 481
unter 18	54 955	39,7	9 356	14 019	11 044	2 975	29 313	28 308	846	2 267
Hilfe für junge Volljährige										
18 – 21	4 057	13,8	X	400	313	87	2 828	2 049	768	829
21 – 27	76	0,1	X	4	3	1	57	47	9	15
Hilfen am 31.12.2008										
Insgesamt	133 603	59,4	16 997	54 429	42 717	11 712	58 690	56 131	2 274	3 487
davon:										
Männlich	75 194	65,3	12 499	27 691	21 788	5 903	32 981	31 822	972	2 023
Weiblich	58 409	53,1	4 498	26 738	20 929	5 809	25 709	24 309	1302	1 464
Alter von . . . bis unter . . . Jahren										
unter 3	6 474	31,6	243	5 201	4 548	653	1 030	1 024	–	–
3 – 6	10 335	49,1	403	7 966	6 564	1 402	1 966	1 964	–	–
6 – 9	16 596	74,4	3 457	9 154	7 394	1 760	3 985	3 978	–	–
9 – 12	24 915	104,6	7 448	9 729	7 609	2 120	7 582	7 576	–	156
12 – 15	27 507	116,0	4 247	9 575	7 168	2 407	13 114	13 051	5	571
15 – 18	34 623	136,1	1 199	9 789	7 080	2 709	22 068	21 301	594	1 567
unter 18	120 450	88,0	16 997	51 414	40 363	11 051	49 745	48 894	599	2 294
Hilfe für junge Volljährige										
18 – 21	12 392	42,2	X	2 859	2 223	636	8 404	6 524	1 547	1 129
21 – 27	761	1,3	X	156	131	25	541	413	128	64

8.17.6 Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung gemäß § 35a SGB VIII

Gegenstand der Nachweisung	Begonnene Hilfen				Hilfen am 31.12.				Beendete Hilfen	
	insgesamt	davon			insgesamt	davon			insgesamt	durchschnittliche Dauer in Monaten
		ambulant/teilstationär	bei einer Pflegeperson	in einer Einrichtung über Tag und Nacht		ambulant/teilstationär	bei einer Pflegeperson	in einer Einrichtung über Tag und Nacht		
2008	16 071	11 825	116	4 130	30 626	21 469	337	8 820	12 734	21
2008 nach dem Geschlecht										
Männlich	10 725	8 038	70	2 617	20 940	14 822	210	5 908	8 473	22
Weiblich	5 346	3 787	46	1 513	9 686	6 647	127	2 912	4 261	20
2008 nach dem Alter										
Alter von . . . bis unter . . . Jahren										
unter 3	70	59	2	9	63	53	2	8	31	.
3 – 6	633	612	3	18	621	601	7	13	217	10
6 – 9	3 746	3 378	19	349	3 894	3 554	30	310	1 539	13
9 – 12	5 506	4 711	38	757	10 695	9 193	105	1 397	3 594	19
12 – 15	2 658	1 691	29	938	7 115	4 985	85	2 045	3 091	24
15 – 18	1 861	691	12	1 158	4 359	1 290	65	2 504	2 001	25
unter 18	14 474	11 142	103	3 229	26 747	20 176	294	6 277	10 473	20
Hilfe für junge Volljährige										
18 – 21	1 473	611	13	849	2 864	890	28	1 946	1 682	24
21 – 27	124	72	0	52	1 015	403	15	597	579	36
2008 nach dem Migrationshintergrund										
und zwar										
mit ausländischer Herkunft										
mindestens eines Elternteils	2 725	2 017	25	683	4 807	3 403	56	1 348	1 911	19
in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	1 190	917	13	260	2 243	1 648	21	574	1 029	20

8 Sozialeleistungen
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe
 8.17.7 Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder ¹⁾		
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008
Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtsvormundschaft	38 467	38 572	38 558	28 950	29 308	29 412	7 269	6 612	6 509
davon unter:									
gesetzlicher Amtsvormundschaft	8 567	8 025	7 994	6 190	5 953	5 794	2 031	1 779	1 778
bestellter Amtsvormundschaft	29 900	30 547	30 564	22 760	23 355	23 618	5 238	4 833	4 731
bestellter Amtspflegschaft	27 261	28 422	30 963	20 789	21 979	24 008	4 742	4 730	5 177
Beistandschaft ²⁾	685 069	657 952	651 390	554 755	532 977	524 986	70 382	67 800	67 537
Zur Adoption vorgemerkte Kinder und Jugendliche am Jahresende	889	886	774	723	648	596	159	231	170
Vorgemerkte Adoptionsbewerbungen am Jahresende	9 154	8 914	7 841	7 775	7 761	6 798	1 119	959	877
Vorgemerkte Adoptionsbewerbungen auf je ein/einen zur Adoption vorgemerktes Kind/Jugendlichen	10	10	10	11	12	11	7	4	5
Tagespflegepersonen, für die eine Pflege-erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht	24 472	34 962	42 483	20 281	30 244	36 467	3 038	472	4 678
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	9 572	10 769	12 244	7 830	8 950	9 532	1 349	1 486	1 705

¹⁾ Jeweils ohne Angaben für Berlin.

²⁾ Beistandschaften nach § 1712 BGB.

8.17.8 Adoptierte Kinder und Jugendliche

Gegenstand der Nachweisung	Adoptierte Kinder und Jugendliche		Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern			Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern		
	insgesamt	je 10 000 Kinder und Jugendliche ¹⁾	verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt	Deutsche	Nichtdeutsche ²⁾	Deutsche/ Nichtdeutsche ²⁾
2007	4 509	3,2	229	2 242	2 038	3 850	148	511
2008	4 201	3,0	226	2 056	1 919	3 631	134	436
2008 nach dem Alter								
Alter von . . . bis unter . . . Jahren								
unter 1	112	1,6	12	33	67	105	2	5
1 – 3	1 148	8,4	13	75	1 060	1 088	21	39
3 – 6	623	2,9	34	200	389	555	16	52
6 – 12	1 267	2,7	81	893	293	1 068	53	146
12 und mehr	1 051	2,1	86	855	110	815	42	194
2008 nach der Staatsangehörigkeit								
Deutsche	2 950	.	112	1 583	1 255	2 811	39	100
Nichtdeutsche ²⁾	1 251	.	114	473	664	820	95	336
2008 nach dem Geschlecht								
Männlich	2 108	3,0	100	1 006	1 002	1 843	57	208
Weiblich	2 093	3,1	126	1 050	917	1 788	77	228
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ²⁾	3 535	3,0	207	1 827	1 501	3 011	124	400
Neue Länder ²⁾	546	3,2	10	199	337	531	6	9

¹⁾ Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt.
²⁾ Einschl. Staatenloser.

³⁾ Ohne Angaben für Berlin.

8 Sozialeleistungen
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe
 8.17.9 Adoptierte Kinder und Jugendliche 2008 nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit Zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon (Sp. 1) im Alter von . . . bis unter . . . Jahren				Davon (Sp.1) Verwandtschaftsverhältnis zu Adoptiveltern		
				unter 3	3 – 6	6 – 12	12 und mehr	verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt
Europa	3 514	1 768	1 746	1 090	457	1 100	867	147	1 847	1 520
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	221	129	92	93	61	42	25	23	21	177
Bundesrepublik Deutschland	2 950	1 464	1 486	951	365	945	689	112	1 583	1 255
Bulgarien	16	8	8	7	3	3	3	1	6	9
Griechenland	1	1	–	1	–	–	–	–	–	1
Italien	8	2	6	–	–	7	1	–	5	3
Österreich	8	5	3	–	1	2	5	–	7	1
Polen	51	18	33	8	8	18	17	3	32	16
Portugal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Rumänien	20	12	8	1	2	12	5	–	17	3
Spanien	3	3	–	1	–	1	1	1	1	1
sonstige EU-Länder	50	18	32	8	13	17	12	3	19	28
EU-Länder	3 107	1 531	1 576	977	392	1 005	733	120	1 670	1 317
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	32	12	20	5	15	9	3	1	3	28
Bosnien und Herzegowina	9	6	3	1	1	4	3	2	4	3
Kroatien	4	3	1	1	–	1	2	–	3	1
Russische Föderation	247	148	99	81	48	56	62	5	98	144
Serbien	19	11	8	4	1	7	7	4	7	8
Türkei	40	16	24	14	5	7	14	9	14	17
Ukraine	56	35	21	6	8	10	32	3	35	18
sonstige europäische Länder	32	18	14	6	2	10	14	4	16	12
Afrika	168	82	86	60	36	33	39	22	42	104
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	109	58	51	53	27	18	11	10	8	91
Äthiopien	50	26	24	14	22	12	2	2	1	47
Kamerun	7	4	3	1	3	2	1	3	2	2
Marokko	2	2	–	–	1	–	1	1	–	1
Tunesien	1	–	1	1	–	–	–	1	–	–
sonstige afrikanische Länder	108	50	58	44	10	19	35	15	39	54
Amerika	195	101	94	56	61	54	24	6	39	150
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	122	68	54	42	47	25	8	1	9	112
Bolivien	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Brasilien	15	9	6	–	3	6	6	2	9	4
Chile	5	2	3	–	2	2	1	–	–	5
Guatemala	4	1	3	–	1	2	1	–	4	–
Kolumbien	92	58	34	31	39	20	2	–	3	89
Mexiko	4	–	4	–	2	2	–	1	–	3
Paraguay	1	1	–	–	–	–	1	–	1	–
Peru	9	5	4	2	–	4	3	–	7	2
Vereinigte Staaten	11	5	6	9	1	–	1	1	2	8
sonstige amerikanische Länder	54	20	34	14	13	18	9	2	13	39
Asien	314	150	164	45	69	80	120	51	126	137
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	160	76	84	40	58	36	26	36	7	117
Afghanistan	11	6	5	1	–	3	7	8	1	2
Armenien	4	2	2	–	–	1	3	1	3	–
Indien	35	10	25	9	15	7	4	2	2	31
Israel	2	1	1	–	–	–	2	–	2	–
Kambodscha	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Korea, Republik	3	3	–	–	–	–	3	–	3	–
Pakistan	2	1	1	–	–	–	2	1	1	–
Philippinen	15	8	7	1	1	7	6	2	11	2
Sri Lanka	12	8	4	6	–	2	4	2	3	7
Thailand	85	37	48	7	25	28	25	10	33	42
Vietnam	22	12	10	1	6	5	10	5	11	6
sonstige asiatische Länder	123	62	61	20	22	27	54	20	56	47
Sonstige	10	7	3	9	–	–	1	–	2	8
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	4 201	2 108	2 093	1 260	623	1 267	1 051	226	2 056	1 919
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	612	331	281	228	193	121	70	70	45	497

8 Sozialeleistungen
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe
 8.17.10 Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2008

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Inobhutnahme				Herausnahme	Unterbringung während der Maßnahme		
		an jugendgefährdendem Ort		sonstiger Zugang			bei einer geeigneten Person	in einer	
		nach vorherigem Ausreißen	ohne vorheriges Ausreißen	nach vorherigem Ausreißen	ohne vorheriges Ausreißen			Einrichtung	sonstigen betreuten Wohnform
Zusammen	14 972	650	951	2 914	10 268	189	2 587	11 838	547
Männlich									
Zusammen	14 972	650	951	2 914	10 268	189	2 587	11 838	547
nach dem Alter									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	1 720	22	154	30	1 472	42	945	692	83
3 - 6	1 307	19	121	39	1 085	43	504	743	60
6 - 9	1 188	15	107	43	992	31	314	826	48
9 - 12	1 270	34	114	136	961	25	250	977	43
12 - 14	1 627	86	82	328	1 116	15	148	1 439	40
14 - 16	3 647	223	182	1 066	2 151	25	243	3 303	101
16 - 18	4 213	251	191	1 272	2 491	8	183	3 858	172
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	12 124	457	774	2 211	8 517	165	2 324	9 394	406
Nichtdeutsche ¹⁾	2 848	193	177	703	1 751	24	263	2 444	141
Zusammen	17 281	876	940	4 537	10 754	174	2 777	13 967	537
Weiblich									
Zusammen	17 281	876	940	4 537	10 754	174	2 777	13 967	537
nach dem Alter									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	1 513	19	159	25	1 261	49	816	602	95
3 - 6	1 003	18	95	20	847	23	419	537	47
6 - 9	964	11	99	21	806	27	284	638	42
9 - 12	1 076	27	95	111	823	20	237	793	46
12 - 14	2 323	150	123	595	1 434	21	237	2 031	55
14 - 16	5 704	384	225	2 065	3 010	20	433	5 139	132
16 - 18	4 698	267	144	1 700	2 573	14	351	4 227	120
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	14 300	685	794	3 649	9 017	155	2 448	11 403	449
Nichtdeutsche ¹⁾	2 981	191	146	888	1 737	19	329	2 564	88
Insgesamt	32 253	1 526	1 891	7 451	21 022	363	5 364	25 805	1 084
nach dem Alter									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	3 233	41	313	55	2 733	91	1 761	1 294	178
3 - 6	2 310	37	216	59	1 932	66	923	1 280	107
6 - 9	2 152	26	206	64	1 798	58	598	1 464	90
9 - 12	2 346	61	209	247	1 784	45	487	1 770	89
12 - 14	3 950	236	205	923	2 550	36	385	3 470	95
14 - 16	9 351	607	407	3 131	5 161	45	676	8 442	233
16 - 18	8 911	518	335	2 972	5 064	22	534	8 085	292
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	26 424	1 142	1 568	5 860	17 534	320	4 772	20 797	855
Nichtdeutsche ¹⁾	5 829	384	323	1 591	3 488	43	592	5 008	229
nach dem Aufenthalt vor der Maßnahme									
bei den Eltern	8 653	73	1 619	6 733	301
bei einem Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner	6 106	49	945	4 986	175
bei alleinerziehendem Elternteil	10 159	54	2 161	7 666	332
bei Großeltern/Verwandten	771	91	160	590	21
in einer Pflegefamilie	795	35	165	595	35
bei einer sonstigen Person	658	15	61	579	18
in einem Heim/einer sonstigen betreuten Wohnform	2 873	46	181	2 625	67
in einer Wohngemeinschaft	93	-	9	80	4
in eigener Wohnung	43	-	2	39	2
ohne feste Unterkunft	799	-	29	730	40
an unbekanntem Ort	1 303	-	32	1 182	89
nach dem Träger									
Träger der öffentlichen Jugendhilfe	21 279	251	4 432	16 110	737
Träger der freien Jugendhilfe	10 974	112	932	9 695	347
Nachrichtlich:									
Früheres Bundesgebiet ²⁾	24 567	1 248	1 527	5 668	15 813	311	4 610	19 146	811
Neue Länder ²⁾	6 421	198	319	1 346	4 521	37	670	5 499	252

¹⁾ Einschl. Staatenloser.

²⁾ Ohne Angaben für Berlin.

8.17.11 Maßnahmen der Jugendarbeit und Teilnehmende 2008 nach Bereich und Trägerschaft

Träger der Maßnahme	Maßnahmen					Teilnehmende				
	insgesamt	davon im Bereich				insgesamt	davon im Bereich			
		Kinder- und Jugend-erholung	außer-schulische Jugend-bildung	inter-nationale Jugend-arbeit	Mitarbeiter- fortbildung freier Träger		Kinder- und Jugend-erholung	außer-schulische Jugend-bildung	inter-nationale Jugend-arbeit	Mitarbeiter- fortbildung freier Träger
Öffentliche Träger	17 588	8 863	7 832	893	–	800 483	409 606	361 247	29 630	–
Örtliche Träger	9 798	4 324	5 039	435	–	452 183	193 343	243 178	15 662	–
Überörtliche Träger	393	54	324	15	–	9 127	1 949	6 618	560	–
Land	274	33	185	56	–	10 742	1 199	7 803	1 740	–
Gemeinde ohne Jugendamt	7 123	4 452	2 284	387	–	328 431	213 115	103 648	11 668	–
Freie Träger	71 569	33 096	25 772	2 850	9 851	2 481 988	1 160 417	1 026 140	97 874	197 557
Jugendinitiativen, -gruppen, -verbände, -ring	43 894	20 589	14 103	1 500	7 702	1 382 180	703 176	476 457	50 971	151 576
Wohlfahrtsverbände	4 168	1 534	2 122	139	373	152 311	58 084	83 214	3 845	7 168
Kirchen/Religionsgesellschaften öffentl. Rechts	11 283	7 311	2 811	221	940	385 939	271 023	89 373	8 067	17 476
Sonstige Träger der freien Jugendhilfe	12 224	3 662	6 736	990	836	561 558	128 134	377 096	34 991	21 337
Insgesamt	89 157	41 959	33 604	3 743	9 851	3 282 471	1 570 023	1 387 387	127 504	197 557

8.17.12 Maßnahmen der Jugendarbeit und Teilnehmende 2008 nach Bereich und Dauer der Maßnahme

Dauer der Maßnahme (von ... bis ... Tage) Veranstaltungsart	Maßnahmen					Teilnehmende				
	insgesamt	davon im Bereich				insgesamt	davon im Bereich			
		Kinder- und Jugend-erholung	außer-schulische Jugend-bildung	internationale Jugendarbeit	Mitarbeiter- fortbildung freier Träger		Kinder- und Jugend-erholung	außer-schulische Jugend-bildung	internationale Jugendarbeit	Mitarbeiter- fortbildung freier Träger
1 Tag	13 954	5 310	6 545	151	1 948	423 899	168 439	213 822	7 129	34 509
2 Tag	8 676	2 409	4 047	47	2 173	223 512	66 433	114 692	1 969	40 418
3 Tage	21 200	8 782	8 542	188	3 688	536 749	226 467	230 886	7 016	72 380
4 Tage	6 559	3 664	2 230	173	492	192 051	106 513	70 002	5 394	10 142
5 Tage	7 849	4 262	2 727	279	581	252 332	144 888	87 300	7 487	12 657
6 Tage	3 732	1 962	1 231	232	307	121 566	66 311	41 160	7 408	6 687
7 Tage	3 695	2 284	828	386	197	140 955	76 516	49 459	11 035	3 945
Zusammen	65 665	28 673	26 150	1 456	9 386	1 891 064	855 567	807 321	47 438	180 738
8 – 14 Tage	14 093	9 389	2 820	1 563	321	553 480	398 183	107 186	40 059	8 052
15 – 21 Tage	4 546	2 853	1 108	507	78	222 089	133 357	72 382	13 591	2 759
22 – 28 Tage	947	322	491	111	23	62 903	31 335	26 010	4 448	1 110
29 – 35 Tage	813	179	588	32	14	55 201	18 572	31 933	4 035	661
36 Tage und mehr	3 093	543	2 447	74	29	497 734	133 009	342 555	17 933	4 237
Insgesamt	89 157	41 959	33 604	3 743	9 851	3 282 471	1 570 023	1 387 387	127 504	197 557
Durchschnittliche Dauer je Maßnahme (Tage)	9	7	12	11	3	–	–	–	–	–
Ganztagsveranstaltungen	70 878	38 079	21 598	3 360	7 841	2 424 298	1 353 900	807 703	108 085	154 610
Halbtagsveranstaltungen	9 529	1 676	7 388	56	409	383 168	64 216	308 642	3 007	7 303
Ganztags- und Halbtagsveranstaltungen	8 750	2 204	4 618	327	1 601	475 005	151 907	271 042	16 412	35 644

8.17.13 Maßnahmen der Internationalen Jugendarbeit und Teilnehmende 2008 nach Partnerländern und Land der Durchführung

Partnerland ¹⁾	Maßnahmen				Teilnehmende			
	insgesamt	Maßnahme fand statt im		Maßnahme fand statt im		insgesamt	davon nach Trägergruppen	
		Inland	Ausland	Inland	Ausland		öffentliche Träger	freie Träger
Europa	3 260	1 424	1 836	55 523	54 720	110 243	27 081	83 162
dar.: Frankreich	592	207	385	7 934	10 265	18 199	6 922	11 277
Polen	711	448	263	18 110	7 080	25 190	6 817	18 373
Russische Föderation	173	115	58	4 460	1 984	6 444	2 237	4 207
Vereinigtes Königreich	111	41	70	1 671	1 605	3 276	1 166	2 110
Afrika	81	42	39	1 286	649	1 935	224	1 711
Amerika	126	78	48	3 153	2 846	5 999	537	5 462
dar. Vereinigte Staaten	50	24	26	898	1 457	2 355	224	2 131
Asien	233	150	83	4 292	1 438	5 730	922	4 808
dar. Israel	115	65	50	1 512	980	2 492	471	2 021
Übrige	43	13	30	2 848	749	3 597	866	2 731
Insgesamt	3 743	1 707	2 036	67 102	60 402	127 504	29 630	97 874

¹⁾ Aus dem alle oder die meisten ausländischen Teilnehmenden stammen.

8 Sozialeleistungen
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe
 8.17.14 Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen
	2007			2008		
	1 000 EUR					
Ausgaben nach Leistungsbereichen	22 204 102 ¹⁾	8 661 539 ¹⁾	13 542 563	24 091 918 ¹⁾	9 559 236 ¹⁾	14 532 683
Jugendarbeit	1 451 260	467 389	9 839 871	1 544 488	521 171	1 023 317
Jugendsozialarbeit	328 817	250 795	78 022	339 083	273 779	65 305
allgemeine Förderung der Familie	113 535	87 954	25 581	119 297	92 130	27 167
Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern)	118 711	116 025	2 687	143 894	140 453	3 440
Tageseinrichtungen für Kinder	13 091 747	1 255 862	11 865 884	14 227 842	1 406 487	12 821 356
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Voll- jährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	5 911 269	5 649 821	261 448	6 406 879	6 139 924	266 955
Mitarbeiterfortbildung	16 901	6 291	10 610	19 376	7 104	12 272
sonstige Ausgaben	996 366	681 906	314 460	1 105 615	792 743	312 871
Ausgaben der Personalverwaltung	594 115	–	–	491 600	–	–
Ausgaben insgesamt	22 798 216	8 661 53	14 136 678	24 583 518	9 559 236	15 024 283
davon: öffentliche Träger	14 806 126	7 888 203	6 917 924	16 026 569	8 659 351	7 367 218
Förderung von freien Trägern	7 992 090	773 336	7 218 754	8 556 949	899 884	7 657 064
Einnahmen insgesamt	2 247 134	610 470	1 636 665	2 341 654	667 422	1 674 232
Reine Ausgaben insgesamt	20 551 082	8 051 069	12 500 013	22 241 864	8 891 814	13 350 050

¹⁾ Einschl. Personalausgaben, die nicht nach den einzelnen Leistungsbereichen aufteilbar sind (177,9 Mill. Euro in 2007; 185,5 Mill. Euro in 2008).

8.17.15 Einrichtungen, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen am 1. März 2009

Art der Tageseinrichtung	Tageseinrichtungen			Kinder in Tageseinrichtungen			Tätige Personen			
	insgesamt	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	pädagogisches und Verwaltungspersonal		hauswirtschaftliches und technisches Personal
								öffentliche Träger	freie Träger	
Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von . . . bis unter . . . Jahren										
0 – 3	1 213	158	1 055	21 537	3 716	17 821	6 429	901	4 781	747
2 – 8 (ohne Schulkinder)	24 138	7 877	16 261	1 264 128	417 542	846 586	193 308	52 994	113 668	26 646
5 – 14 (nur Schulkinder)	3 313	1 588	1 725	215 640	122 450	93 190	20 884	9 150	9 310	2 424
mit Kindern aller Altersgruppen	21 635	7 633	14 002	1 549 611	581 469	968 142	244 726	75 884	135 433	33 409
davon:										
Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen Gruppen	6 708	2 776	3 932	569 785	234 335	335 450	82 014	28 381	42 479	11 154
Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen	5 726	1 634	4 092	286 244	99 470	186 774	50 119	13 832	29 380	6 907
Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	9 201	3 223	5 978	693 582	247 664	445 918	112 593	33 671	63 574	15 348
Insgesamt	50 299	17 256	33 043	3 050 916	1 125 177	1 925 739	465 347	138 929	263 192	63 226
darunter:										
Integrative Tageseinrichtungen	14 296	4 277	10 019	1 040 613	327 215	713 398	171 044	44 649	103 848	22 547
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	365	60	305	14 202	2 794	11 408	5 620	510	4 453	657
Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen	403	44	359	17 134	2 919	14 215	3 905	538	2 994	373
Kindergartenähnliche Tageseinrichtungen	5 325	1 425	3 900	285 812	94 858	190 954	46 226	11 459	28 223	6 544
Tageseinrichtungen von Elterninitiativen	4 370	–	4 370	133 247	–	133 247	26 714	–	23 280	3 434

8 Sozialeleistungen
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe
 8.17.16 Tätige Personen in Kindertageseinrichtungen am 1. März 2009 nach Berufsausbildungsabschluss *)

Berufsausbildungsabschluss	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Im Alter von ... bis unter ... Jahren				Vollzeit-	Teilzeit-	Nebenberuflich	
				unter 25	25 – 40	40 – 60	60 und mehr				tätige Personen
Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Sozialarbeiter/-innen ¹⁾	972	8 756	9 728	189	3 322	6 011	206	3 984	5 259	485	
Dipl.-Pädagogen/-innen, Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Erziehungswissenschaftler/-innen ²⁾	377	3 281	3 658	88	1 608	1 898	64	1 359	2 050	249	
Dipl.-Heilpädagogen/-innen	61	860	921	22	416	476	7	366	470	85	
Erzieher/-innen	6 437	276 358	282 795	22 273	97 767	158 650	4 105	109 243	167 722	5 830	
Heilpädagogen/-innen (Fachschule)	201	5 951	6 152	80	1 952	4 050	70	2 614	3 272	266	
Kinderpfleger/-innen	530	49 752	50 282	6 899	18 271	24 399	713	18 835	30 364	1 083	
Assistenten/-innen im Sozialwesen ³⁾	198	2 312	2 510	805	1 047	632	26	522	1 889	99	
Sonstige soziale/sozialpädagogische Kurzausbildung	80	1 459	1 539	167	303	982	87	297	1 070	172	
Sonstige Sozial- und Erziehungsberufe	394	3 944	4 338	615	1 799	1 866	58	1 361	2 801	176	
(Fach-)Kinderkrankenpfleger, -schwestern, Krankenpfleger, -schwestern	13	1 385	1 398	35	201	1 105	57	381	912	105	
Sonstige Gesundheitsdienstberufe	278	2 712	2 990	121	1 092	1 709	68	688	1 765	537	
Lehrer/-innen	175	1 645	1 820	42	504	1 159	115	379	1 027	414	
Anderer Hochschulabschluss	264	921	1 185	43	416	688	38	246	548	391	
Verwaltungs- und Büroberufe	237	2 060	2 297	44	440	1 661	152	181	943	1 173	
Hauswirtschaftsleiter/-innen, Wirtschaftler/-innen, Oekotrophologen/-innen	16	381	397	10	69	298	20	51	293	53	
Sonstiger Berufsausbildungsabschluss	649	6 675	7 324	674	1 340	4 944	366	1 340	4 296	1 688	
Praktikanten/-innen im Anerkennungsjahr	737	8 414	9 151	7 520	1 414	217	–	7 538	1 565	48	
Anderweitig noch in Berufsausbildung	724	4 008	4 732	3 820	649	257	6	2 268	1 992	472	
Ohne abgeschlossene Ausbildung	1 553	7 351	8 904	6 122	717	1 916	149	5 283	3 120	501	
Insgesamt	13 896	388 225	402 121	49 569	133 327	212 918	6 307	156 936	231 358	13 827	

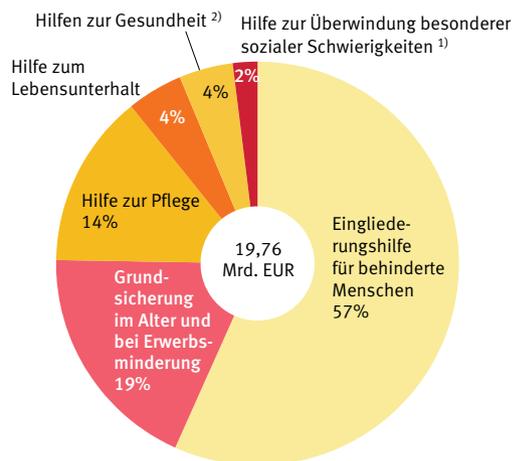
*) Pädagogisches und Verwaltungspersonal.
 1) Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss.
 2) Universität oder vergleichbarer Abschluss.

3) Sozialassistent/-in, Sozialbetreuer/-in, Sozialpflegeassistent/-in, sozialpädagogische/r Assistent/-in.

8 Sozialleistungen

Sozialhilfeausgaben 2008 (netto) nach Hilfearten

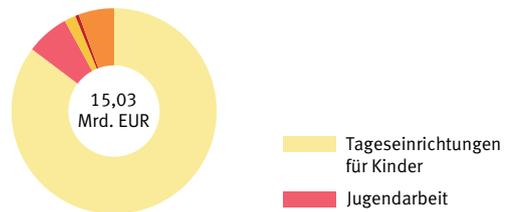
Hilfeleistungen an Berechtigte



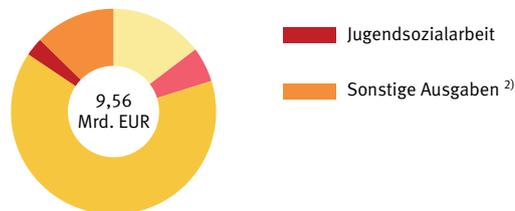
1) Einschl. Hilfe in anderen Lebenslagen.– 2) Einschl. Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung.

Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe 2008

Einrichtungen

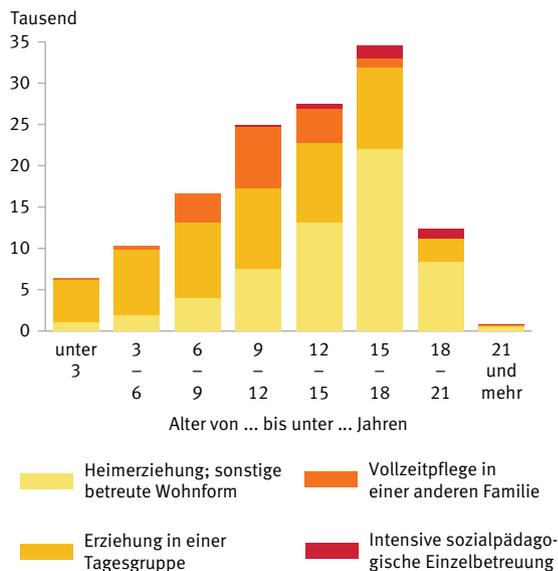


Einzel- und Gruppenhilfen



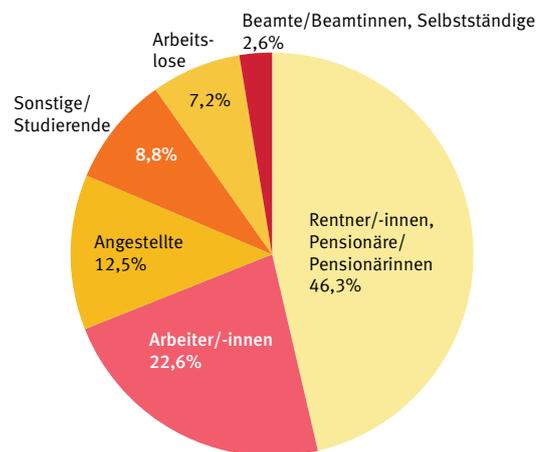
1) Einschl. Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Personalausgaben.– 2) Einschl. allgemeine Förderung der Familie, Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern), Mitarbeiterfortbildung sowie Personalausgaben.

Teil-/stationäre Hilfen zur Erziehung¹⁾ für junge Menschen am 31.12.2008



Haushalte mit Bezug von Wohngeld am 31. Dezember 2008

Nach sozialer Stellung des Antragstellers



8 Sozialeleistungen
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe
 8.17.17 Kinder in Tageseinrichtungen am 1. März 2009 nach Ländern

Land	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren														
		0 – 3		Besuchs- quote	Ganztags- quote ¹⁾	3 – 6		Besuchs- quote	Ganztags- quote ¹⁾	6 – 11		Besuchs- quote	Ganztags- quote ¹⁾	11 – 14		Besuchs- quote
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
Baden-Württemberg	382 235	37 538	13,4	3,4	275 629	94,6	11,4	66 530	12,4	1,0	2 538	0,7				
Bayern	454 626	45 238	14,1	3,5	297 740	89,1	21,4	108 121	17,8	2,2	3 527	0,9				
Berlin	117 519	34 929	37,9	22,7	77 736	92,9	54,0	4 854	3,6	2,2	0	0,0				
Brandenburg	144 504	23 530	41,6	26,6	54 042	94,2	52,1	64 653	66,1	4,7	2 279	4,3				
Bremen	21 697	1 846	11,3	5,1	13 642	86,9	21,1	6 025	21,8	2,4	184	1,0				
Hamburg	70 030	10 017	20,5	12,3	36 012	79,2	31,4	22 480	30,8	3,5	1 521	3,4				
Hessen	228 619	20 487	13,1	6,3	14 763	91,8	32,4	58 927	20,5	4,2	1 442	0,8				
Mecklenburg-Vorpommern	86 949	14 524	37,8	22,1	35 337	93,6	54,8	36 733	59,3	7,8	355	1,1				
Niedersachsen	267 661	18 795	9,6	2,9	184 961	87,7	12,5	62 844	15,6	1,6	919	0,4				
Nordrhein-Westfalen	559 784	39 376	8,7	4,7	426 902	90,6	30,5	92 306	10,6	3,2	1 200	0,2				
Rheinland-Pfalz	139 115	15 588	16,1	5,2	97 950	96,0	28,4	24 803	12,9	3,0	774	0,6				
Saarland	31 297	2 984	13,8	7,4	21 357	93,7	22,6	6 842	15,8	2,7	114	0,4				
Sachsen	244 853	35 929	35,7	25,7	92 229	94,7	70,2	114 953	74,3	11,4	1 742	2,2				
Sachsen-Anhalt	127 636	28 234	54,5	31,4	47 549	94,3	56,4	51 124	59,8	7,5	729	1,6				
Schleswig-Holstein	93 440	6 329	9,1	3,0	62 859	84,6	14,2	23 736	16,9	1,9	516	0,6				
Thüringen	81 093	20 930	41,2	35,5	48 332	95,8	86,1	11 822	14,2	10,8	9	0,0				
Deutschland . . .	3 050 916	356 274	17,4	8,7	1 920 040	91,2	29,7	756 753	19,9	3,3	17 849	0,7				

¹⁾ Anteil der ganztags betreuten Kinder an allen Kindern der selben Altersgruppe.

8.17.18 Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2009 nach Ländern

Land	Insgesamt	Kinder im Alter von ... bis unter ... Jahren								Betreuungstage pro Woche			
		0 – 3		Besuchs- quote	3 – 6		Besuchs- quote	6 – 11		Besuchs- quote	11 – 14		Besuchs- quote
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl			
Baden-Württemberg	15 372	6 934	2,5	3 655	1,3	3 988	0,7	795	0,2	5 901	4 710	4 540	221
Bayern	8 077	5 318	1,7	1 398	0,4	1 117	0,2	244	0,1	2 033	3 099	2 814	131
Berlin	4 761	3 364	3,7	1 079	1,3	282	0,2	36	0,0	67	257	4 400	37
Brandenburg	4 382	3 775	6,7	512	0,9	93	0,1	2	0,0	31	88	4 251	12
Bremen	748	397	2,4	155	1,0	151	0,5	45	0,3	87	224	423	14
Hamburg	5 610	2 521	5,2	1 207	2,7	1 468	2,0	414	0,9	199	1 025	4 307	79
Hessen	7 312	5 004	3,2	1 099	0,7	985	0,3	224	0,1	1 511	2 787	2 890	124
Mecklenburg-Vorpommern	5 233	4 514	11,7	596	1,6	118	0,2	5	0,0	2	38	5 184	9
Niedersachsen	9 888	4 734	2,4	2 231	1,1	2 391	0,6	532	0,2	2 082	2 946	4 592	268
Nordrhein-Westfalen	21 381	13 132	2,9	3 734	0,8	3 576	0,4	939	0,2	3 659	7 518	9 711	493
Rheinland-Pfalz	3 321	1 547	1,6	636	0,6	909	0,5	229	0,2	584	972	1 673	92
Saarland	674	297	1,4	135	0,6	184	0,4	58	0,2	60	156	443	15
Sachsen	4 836	4 489	4,5	268	0,3	73	0,0	6	0,0	40	66	4 716	14
Sachsen-Anhalt	381	307	0,6	60	0,1	13	0,0	1	0,0	8	20	351	2
Schleswig-Holstein	5 823	3 770	5,4	1 223	1,6	701	0,5	129	0,1	1 542	1 949	2 288	44
Thüringen	895	813	1,6	36	0,1	43	0,1	3	0,0	29	65	798	3
Deutschland . . .	98 694	60 916	3,0	18 024	0,9	16 092	0,4	3 662	0,2	17 835	25 920	53 381	1 558

8 Sozialeleistungen
 8.17 Kinder- und Jugendhilfe
 8.17.19 Tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2009

Berufsausbildungsabschluss Art der Qualifikation Ort der Betreuung	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
				unter 25	25 – 40	40 – 60	60 und mehr
Insgesamt	931	37 727	38 658	1 147	14 081	21 194	2 236
und zwar:							
Berufsausbildungsabschluss							
Erzieher/-in	83	5 623	5 706	200	2 460	2 867	179
Kinderpfleger/-in	14	1 987	2 001	212	880	848	61
(Fach-) Hochschulabschluss ¹⁾	41	1 279	1 320	12	519	705	84
anderer Abschluss	727	25 406	26 133	550	9 001	14 999	1 583
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	66	3 432	3 498	173	1 221	1 775	329
Art der Qualifikation							
mit abgeschlossenem Qualifizierungskurs	551	27 043	27 594	508	10 204	15 698	1 184
anderer Nachweis der Qualifikation	353	10 003	10 356	534	3 466	5 413	943
in tätigkeitsbegleitender Grundqualifizierung	50	1 826	1 876	92	769	921	94
Erste-Hilfe-Kurs für Säuglinge und Kleinkinder	635	29 711	30 346	734	11 321	16 871	1 420
Ort der Betreuung ²⁾							
in der Wohnung des Kindes/der Kinder	213	4 766	4 979
in der eigenen Wohnung	609	30 119	30 728
in anderen Räumen	118	3 193	3 311

¹⁾ Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Sozialarbeiter/-innen (Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss), Dipl.-Pädagogen/-innen, Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Erziehungswissenschaftler/-innen (Universität oder vergleichbarer Abschluss). ²⁾ Mehrfachnennungen möglich.

8.17.20 Kinder in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2009

Gegenstand der Nachweisung	Kinder in Tagesbetreuung						Ganztagsbetreuung (mehr als 7 Stunden)
	insgesamt	davon mit einem Betreuungsumfang von				vor- und nachmittags, ohne Mittagsbetreuung	
		bis zu 5 Stunden	mehr als 5 bis 7 Stunden	mehr als 7 bis 10 Stunden	mehr als 10 Stunden		
Anzahl							
Männlich							
Zusammen	1 621 507	470 965	523 847	476 548	19 415	130 732	495 963
und zwar:							
ausländisches Herkunftsland							
mindestens eines Elternteils	392 466	93 370	139 299	116 361	3 472	39 964	119 833
in der Familie wird vorrangig							
nicht deutsch gesprochen	240 790	55 756	87 220	69 823	2 213	25 778	72 036
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 3	214 440	50 931	54 510	98 529	5 673	4 797	104 202
3 – 6	991 441	234 966	327 161	312 535	11 865	104 914	324 400
6 – 11	403 677	177 197	138 323	65 306	1 860	20 991	67 166
11 – 14	11 949	7 871	3 853	178	17	30	195
Weiblich							
Zusammen	1 528 103	448 542	494 692	442 350	17 784	124 735	460 134
und zwar:							
ausländisches Herkunftsland							
mindestens eines Elternteils	367 895	88 403	130 685	107 379	3 169	38 259	110 548
in der Familie wird vorrangig							
nicht deutsch gesprochen	223 037	51 997	80 944	63 713	2 052	24 331	65 765
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 3	202 750	48 260	51 965	92 622	5 354	4 549	97 976
3 – 6	946 623	226 363	314 330	293 721	10 873	101 336	304 594
6 – 11	369 168	167 601	125 332	55 868	1 543	18 824	57 411
11 – 14	9 562	6 318	3 065	139	14	26	153
Insgesamt							
Insgesamt	3 149 610	919 507	1 018 539	918 898	37 199	255 467	956 097
und zwar:							
ausländisches Herkunftsland							
mindestens eines Elternteils	760 361	181 773	269 984	223 740	6 641	78 223	230 381
in der Familie wird vorrangig							
nicht deutsch gesprochen	463 827	107 753	168 164	133 536	4 265	50 109	137 801
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 3	417 190	99 191	106 475	191 151	11 027	9 346	202 178
3 – 6	1 938 064	461 329	641 491	606 256	22 738	206 250	628 994
6 – 11	772 845	344 798	263 655	121 174	3 403	39 815	124 577
11 – 14	21 511	14 189	6 918	317	31	56	348

8 Sozialeleistungen
8.18 Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2007 *)
8.18.1 Nach Art und Ursache der schwersten Behinderung sowie Grad der Behinderung

Art der schwersten Behinderung Ursache der schwersten Behinderung	Insgesamt		Davon mit einem Grad der Behinderung von					
	Anzahl	%	50	60	70	80	90	100
Insgesamt	6 918 172	100	2 093 757	1 119 760	778 112	842 713	359 683	1 724 147
nach der Art der schwersten Behinderung								
Körperliche Behinderungen								
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	73 831	1,1	12 918	8 513	10 764	11 417	7 110	23 109
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	953 675	13,8	310 383	194 241	134 004	114 374	54 927	145 746
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	870 049	12,6	400 350	180 908	105 591	76 168	32 438	74 594
Querschnittlähmung	16 886	0,2	181	182	244	713	376	15 190
Blindheit und Sehbehinderung	348 442	5,0	48 049	27 937	27 352	28 032	22 850	194 222
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen ¹⁾	260 286	3,8	73 488	46 061	38 309	34 606	17 227	50 595
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	177 323	2,6	63 996	38 894	16 284	23 557	7 373	27 219
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 748 483	25,3	547 452	304 573	200 514	237 567	93 811	364 566
Zusammen	4 448 975	64,3	1 456 817	801 309	533 062	526 434	236 112	895 241
Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen								
Hirnorganische Anfälle	159 875	2,3	32 046	20 473	17 179	22 213	9 553	58 411
Hirnorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen	464 612	6,7	58 205	40 118	40 781	61 995	31 208	232 305
Störungen der geistigen Entwicklung ²⁾	293 192	4,2	27 657	14 482	16 772	41 648	9 369	183 264
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen); Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	343 385	5,0	150 506	58 040	37 828	40 220	10 390	46 401
Suchtkrankheiten	49 280	0,7	15 171	10 187	7 446	6 750	2 324	7 402
Zusammen	1 310 344	18,9	283 585	143 300	120 006	172 826	62 844	527 783
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen								
Zusammen	1 158 853	16,8	353 355	175 151	125 044	143 453	60 727	301 123
nach der Ursache der schwersten Behinderung								
Angeborene Behinderung	306 641	4,4	38 760	20 008	18 930	37 576	10 084	181 283
Allgemeine Krankheit ³⁾	5 696 509	82,3	1 779 789	952 590	650 021	689 567	297 573	1 326 969
Arbeitsunfall ⁴⁾ , Berufskrankheit	74 965	1,1	27 187	14 820	9 991	7 847	3 584	11 536
Verkehrsunfall	40 873	0,6	11 533	6 328	5 114	5 375	2 067	10 456
Häuslicher Unfall	8 007	0,1	2 964	1 358	833	786	284	1 782
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	27 626	0,4	9 495	4 464	3 292	2 906	1 222	6 247
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	76 989	1,1	14 970	10 745	10 619	10 981	6 898	22 776
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	686 562	9,9	209 059	109 447	79 312	87 675	37 971	163 098

*) Mit gültigem Schwerbehindertenausweis. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

¹⁾ Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

²⁾ Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

³⁾ Einschl. Impfschäden.

⁴⁾ Einschl. Wege- und Betriebsweegeunfällen.

8.18.2 Nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾
unter 4	14 297	1	7 998	1	6 299	0
4 – 6	14 002	1	8 200	1	5 802	1
6 – 15	91 928	1	54 328	1	37 600	1
15 – 18	39 918	1	23 425	2	16 493	1
18 – 25	117 157	2	68 096	2	49 061	1
25 – 35	200 510	2	112 836	2	87 674	2
35 – 45	447 270	3	237 688	4	209 582	3
45 – 55	826 264	7	433 010	7	393 254	6
55 – 60	650 827	12	351 970	13	298 857	11
60 – 62	286 327	17	162 174	19	124 153	15
62 – 65	473 602	19	274 414	22	199 188	15
65 – 70	952 505	18	562 071	22	390 434	14
70 – 75	838 865	20	465 607	24	373 258	16
75 – 80	742 794	24	375 150	29	367 644	21
80 und mehr	1 221 906	31	450 283	38	771 623	28
Insgesamt	6 918 172	8	3 587 250	9	3 330 922	8

*) Mit gültigem Schwerbehindertenausweis. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

¹⁾ Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerung (Stand: 31.12.2007) in %.

8 Sozialeleistungen
 8.19 Wohngeld
 8.19.1 Empfängerhaushalte am 31.12.2008 nach Ländern

Land	Reine Wohngeldhaushalte				Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten
	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten	Mietzuschuss	Lastenzuschuss	
	1 000	%	1 000		
Deutschland	569,3	1,4	511,2	58,1	52,4
Baden-Württemberg	51,9	1,0	48,1	3,8	2,3
Bayern	51,7	0,9	47,3	4,4	4,5
Berlin	25,9	1,3	25,6	0,4	1,0
Bremen	5,2	1,5	4,8	0,4	0,2
Hamburg	12,1	1,3	11,8	0,3	0,6
Hessen	28,5	1,0	26,1	2,4	1,5
Niedersachsen	41,7	1,1	34,4	7,4	6,6
Nordrhein-Westfalen	129,1	1,5	117,5	11,6	18,7
Rheinland-Pfalz	24,4	1,3	20,5	3,9	1,3
Saarland	5,3	1,1	4,4	0,9	1,8
Schleswig-Holstein	23,9	1,7	20,3	3,6	2,0
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	399,9	1,2	360,7	39,1	40,5
Brandenburg	26,3	2,1	23,2	3,1	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	28,1	3,3	24,5	3,6	2,2
Sachsen	64,4	2,9	58,5	5,9	3,2
Sachsen-Anhalt	24,1	2,0	21,4	2,7	2,3
Thüringen	26,5	2,3	22,9	3,6	3,1
Neue Länder ohne Berlin	169,5	2,5	150,5	18,9	12,0

8.19.2 Empfängerhaushalte am 31.12.2008 nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung des Antragstellers bzw. der Antragstellerin

Haushaltsgröße	Reine Wohngeldhaushalte										Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten
	zusammen	Erwerbstätige				Arbeitslose	Nichterwerbspersonen				
		Selbstständige	Beamte/Beamtinnen	Ange-stellte	Arbeiter/-innen		Rentner/-innen	Pensionäre/-innen	Stu-dierende	sonstige	
1 000											
Insgesamt	569,3	13,9	0,9	70,9	128,8	40,9	263,3	0,3	20,9	29,5	52,4
davon: Haushalte											
von Alleinstehenden	307,5	3,8	0,4	16,1	18,7	19,1	226,9	0,1	14,1	8,3	37,0
mit 2 Familienmitgliedern	77,0	2,6	0,1	17,1	13,2	6,7	27,3	0,0	4,3	5,8	11,4
mit 3 Familienmitgliedern	47,8	2,3	0,1	14,0	14,7	4,8	4,5	0,0	1,6	5,8	2,6
mit 4 Familienmitgliedern	69,5	2,8	0,2	13,5	37,8	6,1	2,8	0,0	0,6	5,7	0,9
mit 5 Familienmitgliedern	41,7	1,4	0,1	6,6	26,8	2,9	1,2	0,0	0,1	2,6	0,3
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	25,9	1,0	0,0	3,7	17,7	1,3	0,7	0,0	0,0	1,4	0,3

8.19.3 Gezahltes Wohngeld 2008 nach Ländern *)

Land	Wohngeld insgesamt	Davon	
		Mietzuschuss	Lastenzuschuss
	1 000 EUR		
Deutschland	750 101	659 211	90 890
Baden-Württemberg	83 551	76 719	6 832
Bayern	70 361	64 154	6 208
Berlin	25 659	25 402	257
Bremen	5 887	5 103	784
Hamburg	14 276	13 752	524
Hessen	42 855	38 567	4 288
Niedersachsen	76 199	58 572	17 627
Nordrhein-Westfalen	179 062	158 996	20 066
Rheinland-Pfalz	32 784	27 131	5 653
Saarland	7 258	6 241	1 017
Schleswig-Holstein	31 958	26 702	5 256
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	569 850	501 339	68 511
Brandenburg	28 042	24 538	3 505
Mecklenburg-Vorpommern	25 115	21 055	4 060
Sachsen	71 647	63 747	7 900
Sachsen-Anhalt	27 719	24 929	2 790
Thüringen	27 728	23 604	4 125
Neue Länder ohne Berlin	180 251	157 872	22 379

*) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen, einschl. wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten.

8 Sozialeleistungen
 8.20 Lastenausgleich *)
 8.20.1 Zuerkennung und Erfüllung der Hauptentschädigung bis zum 31.12.2009

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Insgesamt	Vertreibungs- schäden	Kriegssach- schäden	Ostschäden	Schäden im Sinne des BFG 1)	Reparations- schäden
Ansprüche auf Hauptentschädigung							
Zuerkannt	Anzahl	5 521 157	3 618 898	1 223 515	78 445	522 986	77 313
Vollerfüllt	Anzahl	5 515 433	3 615 122	1 222 598	78 411	522 064	77 238
Nicht oder erst teilweise erfüllt	Anzahl	5 724	3 776	917	34	922	75
dar. durch Kriegsschadenrente vorläufig in							
Anspruch genommen 2)	Anzahl	0	0	0	0	0	0
Grundbeträge der Hauptentschädigung							
Zuerkannt	Mill. EUR	12 824	8 603	2 060	92	1 904	165
Erfüllt	Mill. EUR	12 817	8 600	2 060	92	1 900	165
Nicht erfüllt	Mill. EUR	7	3	0	0	4	0
dar. durch Kriegsschadenrente vorläufig in							
Anspruch genommen 2)	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0
Erfüllungsbeträge der Hauptentschädigung							
Barerfüllung 3)	Mill. EUR	12 185	6 942	1 954	107	2 882	300
Grundbeträge	Mill. EUR	7 321	4 101	1 297	67	1 698	158
Zinszuschläge 4)	Mill. EUR	4 864	2 841	657	40	1 184	142
Begründung von Forderungen	Mill. EUR	2 065	1 594	449	22	–	–
Grundbeträge	Mill. EUR	1 723	1 321	384	18	–	–
Zinszuschläge	Mill. EUR	342	273	65	4	–	–
Umwandlung von Darlehen 5)	Mill. EUR	1 203	887	246	3	64	3
Grundbeträge	Mill. EUR	920	672	207	2	37	2
Zinszuschläge	Mill. EUR	283	215	39	1	27	1
Anrechnung von Kriegsschadenrente 2)	Mill. EUR	3 743	3 255	225	7	249	7
Grundbeträge	Mill. EUR	2 853	2 506	172	5	165	5
Zinszuschläge	Mill. EUR	890	749	53	2	84	2
Hauptentschädigung insgesamt	Mill. EUR	19 196	12 678	2 874	139	3 195	310
Grundbeträge	Mill. EUR	12 817	8 600	2 060	92	1 900	165
Zinszuschläge	Mill. EUR	6 379	4 078	814	47	1 295	145

*) Früheres Bundesgebiet.

1) Vermögensschäden in Mitteldeutschland, in der späteren sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin sowie in dem Gebiet der ehem. DDR, die nach § 15a Lastenausgleichsgesetz (LAG) entschädigt werden.

2) Einschl. laufender Beihilfen.

3) Einschl. Erfüllung durch Verrechnung.

4) Einschl. vorweg erfüllter Mindesterfüllungsbeträge an Empfänger/-innen laufender Kriegsschadenrente, für die kein gesonderter Nachweis vorhanden ist.

5) Einschl. sonstiger Maßnahmen.

6) Empfänger/-innen (ohne zuschlagsberechtigte Ehegatten und Kinder) nachstehender Leistungsarten: Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente, Beihilfe zum Lebensunterhalt, besondere laufende Beihilfe, Unterhaltsbeihilfe. Berechtigte, die mehrere dieser Leistungsarten gleichzeitig empfangen, sind nur einmal erfasst.

7) Inhaber/-innen des Flüchtlingsausweises C, einschl. übriger Geschädigter im Sinne der Zweiten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (2. Leistungs-DV-LA).

8) Berechtigte nach dem Flüchtlingshilfegesetz (FlüHG), § 10 des Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (14. ÄndG LAG), Reparationsschädengesetz (RepG), § 301 b Lastenausgleichsgesetz (LAG) und ohne Angabe.

9) Ein neues, vereinfachtes EDV-Verfahren macht die Unterscheidung nach Geschädigtengruppen nicht mehr möglich.

Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

8.20.2 Empfänger und Empfängerinnen von Kriegsschadenrente und laufenden Beihilfen

Empfänger/Empfängerinnen (Berechtigte) 6)	1. 1.									
	2002	2003	2004	2005	2006	2007 7)	2008 7)	2009 7)	2010 7)	
Vertriebene	23 422	20 161	17 315	14 932	12 790	
Kriegssachgeschädigte	316	266	217	176	140	
Währungs-/Ostgeschädigte	284	234	204	166	135	
Flüchtlinge 7)	1 251	1 078	893	772	651	
Sonstige Geschädigte 8)	551	466	402	341	283	
Insgesamt	25 824	22 205	19 031	16 387	13 999	12 154	10 403	8 877	7 536	

Fußnoten siehe am Anfang der Tabelle.

Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

Publikationen

Aktuelle Beiträge in »Wirtschaft und Statistik«	Heft
Lebenslagen der behinderten Menschen (Ergebnis des Mikrozensus 2005)	12/06
Behinderung und Einkommen (Ergebnis des Mikrozensus 2005)	02/07
Wohngeld in Deutschland 2008	01/10
Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2008	01/10
Schwerbehinderte Menschen 2007	02/10
Kinder mit Migrationshintergrund in Tagesbetreuung	02/10
Erzieherische Hilfe im Jahr 2008	04/10
Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland	04/10

Fachserie 13: Sozialeleistungen

Altersvorsorge und vermögenswirksame Leistungen (Ergebnisse des Mikrozensus)	1 (j)
Sozialhilfe	2 (j)
Wohngeld	4 (j)
Schwerbehinderte Menschen	5 (2j)
Jugendhilfe	6 (j, 4-5j)
Leistungen an Asylbewerber	7 (j)

Thematische Veröffentlichungen

Unter www.destatis.de (Publikationen, Fachveröffentlichungen, Sozialeleistungen) stehen Ihnen zu den Statistiken der

- Jugendhilfe
- Pflege
- Sozialhilfe
- Schwerbehinderten Menschen
- Kriegsopferfürsorge

(Kurz-) Berichte, Broschüren und Faltblätter zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Im Internetauftritt des Bund-Länder-Projekts »Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik« werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder bereitgestellt. Sie können unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download abgerufen werden. Dort ist auch der Bericht »Soziale Mindestsicherung in Deutschland« erhältlich, der eine Gesamtschau über die Transferleistungen der staatlichen Mindestsicherungssysteme bietet.

Aktuelle Beiträge im »STATmagazin«¹⁾

	Erschienen:
Elterngeld – eine erste Bilanz	10/08
Pflegebedürftige heute und in Zukunft	11/08
Soziale Mindestsicherung in Deutschland	12/08
Armutgefährdung in den Bundesländern	6/09

¹⁾ Das »STATmagazin« finden Sie auf unserer Homepage unter www.destatis.de

Auskünfte

Für Informationen zu den Themen dieses Kapitels stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den jeweiligen Telefonnummern zur Verfügung. Für schriftliche Anfragen nutzen Sie bitte unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt:

Kinder- und Jugendhilfestatistiken, Erziehungsgeld, Elterngeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss

Telefon: 06 11 / 75 81 67

Pflege, Schwerbehinderte Menschen, Lastenausgleich, Kriegsopferfürsorge, Rente, Sonstige öffentliche Sozialleistungen

Telefon: 06 11 / 75 89 56

Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen, Wohngeld, Sozialberichterstattung

Telefon: 06 11 / 75 89 53

Weitere Details zu unserem Informationsangebot können Sie den Ausführungen auf Seite 10 f. oder unserer Homepage unter www.destatis.de entnehmen.